

OSI-ZEITUNG

DAS MAGAZIN AM OTTO-SUHR-INSTITUT

DISRUPTION

Geopolitische Analysen
von Teltschik, Hänsch,
Pleitgen, Böhnke und Börzel

Finanzen

Prof. Thomas Rixen zur
globalen Mindeststeuer

Debatten

Strittiges zu #Judith,
Partizipation und Safer Spaces

OSI

Historisches auf
beiden Straßenseiten

„Disruption, die: einschneidende, meist zerstörerische Veränderung.“

(DUDEN)



Ein Redaktionstreffen über Zoom

Ja, diesen Begriff kennen wir alle schon gut - vor allem aus der Wirtschaft. Er kracht so richtig. Traditionelle Geschäftsmodelle werden einfach vom Markt gefegt. Alte Denke abgelöst. Welch eine Befreiung. Brauchen wir das nicht auch in der Politik? Oder kommt man mit der Idee der einschneidenden Veränderung hier nicht weiter, fragten wir uns im vergangenen Spätherbst als wir über das Titelthema dieses Heftes nachdachten – nicht ahnend, dass wir es kurz vor der Veröffentlichung mit einer außerordentlich einschneidenden und zerstörerischen Veränderung in der Weltpolitik zu tun haben werden.

Den bis zum 24. Februar 2022 kaum vorstellbaren, brutalen Angriff Putins auf die Ukraine thematisieren wir im aktuellen Artikel „Doppelte Zeitenwende“ von Prof. Tanja Börzel. Prof. Horst Teltschik sowie andere prominente ehemalige Osianer schreiben über die Veränderungen der Geopolitik von der bipolaren Welt des Kalten Kriegs bis zur unwägbaren Weltlage heute. Außerdem: Wird uns die globale Mindeststeuer künftig grundsätzlich anders denken und handeln lassen beim Thema weltweite Steuererechtigkeit? Und: Ist das Regieren von grün mit gelb in rotem Einschlag schon ein disruptiver Vorgang oder nur neue Farbenlehre?

Weniger disruptiv, eher evolutionär ist die Entwicklung der OSI-Zeitung. Von der reinen Studentenzeitung der letzten Jahrzehnte – mit zwischenzeitlichem Dornröschenschlaf – hat sich das Blatt weiterentwickelt zum **Magazin am Otto-Suhr-Institut** als E-Paper. Die Redaktion: rund 20 Studierende und zwei erfahrene Journalist*innen. Der entscheidende Unterschied: jetzt analysieren und debattieren hier sowohl aktuelle wie ehemalige Studierende und Fachbereichsmitglieder und alle Interessierten, die je mit dem OSI zu tun hatten oder haben. Wir staunen, wie viele es sind und was aus ihnen so geworden ist.

Wir laden explizit diese Gruppe ein, uns Anregungen oder Themenvorschläge zu schicken und mit uns politische Fragen zu debattieren und ein anspruchsvolles politisches Forum der Osianer zu bilden (an: OSI-Zeitung@osi-club.de oder die Facebookseite ‚OSI-Zeitung‘). Drei aktuelle, kontroverse Debatten finden sich in diesem Magazin, aber auch Wichtiges vom OSI Campus und natürlich Freizeittipps. Die nächste Ausgabe wird zum Ende des Sommersemesters erscheinen.

Christine Kolmar Christian Walther Harriet Klepper

Inhalt

DISRUPTION

AKTUELL:

Zeitenwende: Prof. Dr. Tanja Börzel zur Ukraine

S. 4

Geopolitik: Morgen wird anders

S. 6

„Disruption“ in der internationalen Politik

S. 11



Prof. Dr. Thomas Rixen über die globale Mindeststeuer

S. 14

Koalition: Es wird einmal... im Ampel-regierten Deutschland...
Realitätscheck eines deutschen Märchens

S. 18



OSI-LEUTE



Ein Nachruf auf Prof. Dr. Bodo Zeuner

S. 24

Ämter und Mandate

S. 25

DEBATTE

#IchBinJudith

S. 30

Politische Partizipation auch ohne deutschen Pass? Umfrage unter ausländischen Studierenden

S. 33

Safe(r) Spaces: Schutzraum vor Gewalt oder Infantilisierung der Studierenden?

S. 36

CAMPUS

Droht der Webexit?

S. 39



Ihnestraße 22: Der lange Schatten der Geschichte

S. 42

60 Jahre Ihnestraße 21

S. 45

FREIZEIT

Buchtipp

S. 49

Ausstellungstipp

S. 50

Friedhofsbesuch: Ein Spaziergang zu Flechtheim, Narr und Rudi Dutschke

S. 51

AKTUELL

Doppelte Zeitenwende

von Tanja A. Börzel



Am sechsten Tag des russischen Angriffs-Kriegs gegen die Ukraine forderte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenski in einer live übertragenen Rede im Europaparlament eine gleichberechtigte EU-Mitgliedschaft für sein Land. Er begründet diese Forderung damit, dass Russland verhindern wolle, dass sich die Ukraine dem Westen weiter annähere. Anders als vom russischen Präsidenten Wladimir Putin behauptet, geht es bei dem Krieg gegen die Ukraine nicht um eine geopolitische Sicherheitsbedrohung Russlands durch Ausdehnung der NATO nach Osten. Die engeren politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zum Westen stellen vielmehr eine Bedrohung für das politische Überleben von Putins Regime dar, weil sie im engen Zusammenhang mit der Demokratisierung der Ukraine stehen.

Die Euromaidan Bewegung von 2013 begann als Protest gegen Präsident Wiktor Janukowytschs Rückzug von einem Assoziationsabkommen mit der EU, nachdem Russland im Falle einer Unterzeichnung mit Sanktionen gedroht hatte. Die „Revolution der Würde“ führte zum Amtsverlust von Ja-

nukowytsch, der nach Russland floh. Kurze Zeit später marschierte Russland in die Krim ein, um sie anschließend zu annektieren. Russische Militärs haben auch die pro-russischen Separatisten in der Donbas Region unterstützt.

Die Ukraine ist seitdem den Destabilisierungsversuchen Putins mit einer noch engeren Anbindung an den Westen entgegengetreten. Die Verfassungsänderung von 2019 schreibt das Streben nach Mitgliedschaft in der NATO und der EU fest. Damit ist ein klares Bekenntnis zur liberalen Demokratie verbunden, in dem die eigentliche Bedrohung für Putin liegt. Die Proteste in Georgien 2019-2020 und Weißrussland 2020-2021 haben ihn gelehrt, dass Freiheit und Demokratie ansteckend sind.

Der russische Angriffskrieg könnte das Ende der Ukraine als unabhängiger demokratischer Staat bedeuten. Auf jeden Fall hat er der Europäischen Sicherheitsordnung, wie sie nach dem Ende des Kalten Krieges entstanden ist, den Todesstoß versetzt. Das gilt nicht nur für die Idee, Sicherheit, Frieden und Wohlstand durch Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat-

lichkeit zu gewährleisten. Russland hat tragende Prinzipien der Internationalen Ordnung verletzt, einschließlich des Gewaltverbots und der territorialen Integrität, die auch von China und anderen nicht-liberalen Staaten geteilt werden.

Gleichzeitig hat der Kampf der Ukraine für Freiheit und Demokratie zu einem noch nie dagewesenen Schulterschluss der EU Mitgliedstaaten geführt, der die schon lange geforderte **geopolitische Zeitenwende in Richtung einer echten gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik** einläuten könnte. In kürzester Zeit hat die EU drei Sanktionspakete verabschiedet, mit denen russische Banken aus dem internationalen Zahlungsverkehr ausgeschlossen, die Währungsreserven der russischen Zentralbank und die Vermögenswerte russischer Oligarchen und Silowikis eingefroren, der EU Luftraum für russischen Flugverkehr geschlossen und kremlnahe Medien verboten werden.

Zum ersten Mal kauft die EU über die *European Peace Facility* für einen dreistelligen Millionenbetrag Raketen- und Panzerabwehrsysteme und liefert sie an die Ukraine. Die strategische Autonomie der EU wird durch eine zweite außenpolitische Zeitenwende gestärkt. Nachdem selbst die letzte Sozialdemokrat:in in Deutschland den Glauben an „Wandel durch Annäherung“ verloren

hat, kündigt Bundeskanzler Scholz die Investition dreistelliger Milliardenbeträge in die Aufrüstung der Bundeswehr an, die in enger Zusammenarbeit mit Frankreich bei der Produktion neuer Kampfflugzeuge und Panzer umgesetzt werden soll.

Zusammen mit der Aussetzung von Nordstream2 und der Auflösung verschiedener Kooperations- und Netzwerkverbindungen zu Putins Regime **trägt diese außenpolitische Kehrtwende wesentlich zur Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit Deutschlands in der EU und der NATO bei.** Es bleibt abzuwarten, als wie effektiv und nachhaltig die neue Geschlossenheit der EU, die auch russlandfreundliche Staaten wie Ungarn einschließt, sich erweist und ob sie möglicherweise auch auf andere Bereiche übergreifen wird. In den letzten Tagen haben ausgerechnet die Mitgliedsländer, welche die Gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik seit Jahren blockieren und boykottieren, über eine halbe Million Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen. Gleichmaßen scheinen selbst erweiterungskritische Länder wie Frankreich oder die Niederlande eine Beitrittsperspektive für die Ukraine nicht grundsätzlich abzulehnen. Ihr EU Beitritt mag noch in weiter Ferne liegen, zumal wenn Russland den Krieg für sich entscheidet. Georgien und Moldawien wird die EU eine Beitrittsperspektive aber dann erst recht nicht verwehren können.



Zur Zeit an der University of Wyoming: überrascht von der weltpolitischen Entwicklung hat OSI Professorin Dr. Tanja Börzel einen aktuellen Artikel zur Lage in Europa verfasst.

Morgen wird anders

Der frühere Präsident des Europaparlaments Klaus Hänsch, CNN-Korrespondent Fred Pleitgen und Politikberater Olaf Böhnke: Drei Alumni des Otto-Suhr-Instituts über chinesisch-russische Machtaspirationen, die Zukunft der Europäischen Union und Disruption in der Weltpolitik.

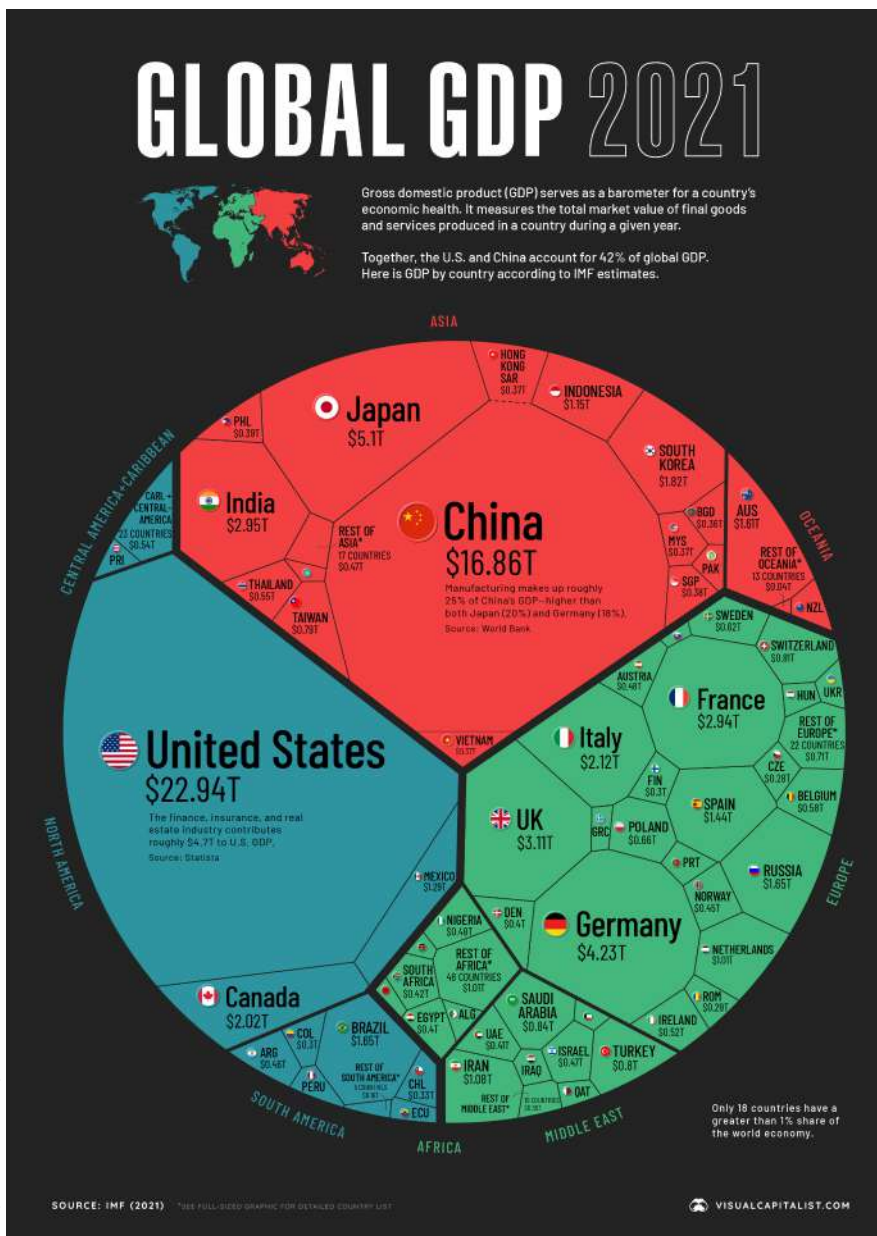
von Colin Ivory Meyer und Raphaël Ziemer

Anmerkung der Redaktion: Die Gespräche mit den Alumni fanden im Dezember 2021 statt. Der russische Einmarsch in die Ukraine war zu diesem Zeitpunkt noch nicht abzusehen.

Von Bipolarität zu Unipolarität bis zur Multipolarität: Die Weltpolitik ist eine Geschichte des disruptiven Wandels. Die weltpolitischen Akteure ringen um Macht und Einfluss, doch wer bestimmt die Geopolitik von morgen? Eine Analyse der Kräfteverhältnisse, die von der Vergangenheit bis in die Zukunft, von Washington über Moskau und Peking bis Brüssel blickt, kann erste Antworten auf diese Frage liefern.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991, dem Ende des kalten Krieges und der bipolaren Welt verstanden sich die USA als die ordnungspolitische Macht. Fred Pleitgen, Senior International Correspondent für den US-amerikanischen Fernsehsender CNN in Berlin,

Das globale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF)
Graphik: visualcapitalist.com



erläutert: "Die Sowjetunion verlor an weltpolitischer Bedeutung, es entwickelte sich immer mehr eine unipolare Welt." Aber durch Krisen wie den Bosnien-Krieg und den Völkermord in Ruanda sei schnell klar geworden, "dass die Welt nach dem kalten Krieg nicht unbedingt eine friedlichere sein würde", sagt Pleitgen.

Die zerstrittene Weltmacht



Fred Pleitgen während einer Schalte für CNN im Januar 2022
Screenshot: Colin Ivory Meyer

Doch die Vormachtstellung der Vereinigten Staaten korrodiert langsam. "Die USA sind gesellschaftspolitisch sehr strapaziert, und die inneramerikanische Spaltung schlägt sich auch auf die Außenpolitik nieder", urteilt Pleitgen. Trumps isolationistischer Kurs wird heute durch eine "Wiederbelebung der Truman Doktrin", wie David Adesnik es in "Foreign Policy" beschreibt, von Präsident Biden gekontert. Die Uneinigkeit über die amerikanische Rolle in der Weltpolitik "hat großen Schaden angerichtet", so Pleitgen. "Neben der Schwächung der Stellung der USA hat es auch zu Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit internationalen Partnern geführt. Alleine das hat die Welt multipolarer werden lassen", analysiert er. Aber "wenn sie sich innenpolitisch zusammenreißen, sind sie immer noch die wichtigste Ordnungsmacht der Welt", fügt er hinzu. Trotz einiger Schwächeanfänge sind die USA der bestimmende Akteur der internationalen Politik, und es muss immer mit ihnen verhandelt werden. Das wissen auch die anderen Großmächte, aber sie glauben, "dass

"Wenn sie sich innenpolitisch zusammenreißen, sind sie immer noch die wichtigste Ordnungsmacht der Welt"

sie die Vereinigten Staaten herausfordern können", so Pleitgen. Klaus Hänsch, ehemaliger Präsident des europäischen Parlaments ergänzt, auch als transatlantischer Partner

Fred Pleitgen

ist Senior International Correspondent für den US-amerikanischen Fernsehsender CNN in Berlin. Neben Deutschland, berichtet Pleitgen vor allem über Russland und die arabische Welt. Er studierte 2002-03 im Nebenfach am OSI.

blieben "die Vereinigten Staaten als Verbündeter nicht ersetzbar." Es gebe "ein massives europäisches Interesse aller" an einer engen Verbindung zu den Vereinigten Staaten von Amerika, so Hänsch.

Putins nostalgischer Traum

Lange bestand eine enge, jedoch feindselige Verbindung zwischen Washington und Moskau. Die beiden Nachbarn trennt nicht nur die Beringstraße. Dort liegen eine russische und eine alaskische Insel nur rund vier Kilometer auseinander.

Der russische Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022, ist eine weltpolitische Zäsur. Die diplomatischen Bemühungen scheiterten und der Krieg kehrt nach Europa zurück. Die ukrainischen Soldaten verteidigen nicht nur ihr Territorium, sondern auch die Vision eines Landes, das den Blick gen Westen gerichtet hat, hin zu Demokratie und Freiheit. Das autoritäre Russland kämpft mi-

litärisch sowie ideell dagegen an. Mit dem Ziel seine Einflussphäre in Osteuropa auszuweiten. Dabei riskiert Putin neben unzähligen Menschenleben und Existenzen auch die wirtschaftliche Zukunft seines Landes. Pleitgen sieht in Russland ein Land, dass es nun erst recht schwer haben werde, eine bedeutungsvolle Rolle in der Weltpolitik zu spielen, da es wirtschaftlich immer unwichtiger werde. Im Jahr 2020 ist das russische Bruttoinlandsprodukt laut Internationalem Währungsfond ungefähr so hoch wie das Brasiliens, bei rund 1,45 Billionen US-Dollar. Es gibt enorme industrielle Produktionsdefizite, und die russische Wirtschaft hängt sehr stark vom Verkauf fossiler Energieträger ab, deren

“Beide profitieren von dem sehr guten bilateralen Verhältnis zwischen Putin und Xi, die sich Rückendeckung bei internationalen Anliegen geben”, erklärt Pleitgen. Außerdem benötigt China die russischen Rohstofflieferungen und deren militärische und vor allem atomare Macht. Aber, so schränkt er ein, “das chinesisch-russische Verhältnis wird immer einseitiger, geht immer mehr in Richtung China. Denn neben dem enormen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum verfügt China über eine sich stetig vergrößernde Armee.” Pleitgen sieht es als “eine Frage der Zeit, bis die Chinesen Russland weltpolitisch nicht mehr brauchen.” Auch Hänsch erkennt keine Verbindung über gemeinsame autokratische Werte hinaus und hält einen “russisch-chinesischen Block in der modernen Welt” für unwahrscheinlich.



Olaf Böhnke
bei der außenpolitischen Jahrestagung der Heinrich-Böll-Stiftung 2014

Foto: Stephan Röhl

Der systemische Rivale?

Das Bild der autokratischen Liebesbeziehung zwischen Moskau und Peking ist inszeniert, es handelt sich um eine Zweckhe. Irgendwann wird China Russland politisch den Rücken kehren und seinen Anspruch, nicht nur Regional- sondern auch dominante

Olaf Böhnke

ist Leiter der Berliner Büros der Stiftung „Alliance of Democracies“ und der Politikberatung “Rasmussen Global”, die beide vom ehemaligen NATO-Generalsekretär Anders Rasmussen gegründet wurden. Vorher leitete Böhnke den “European Council on Foreign Relations” in Berlin und war beim “Mercator Institute for China Studies” tätig. Er hat 1999-00 am OSI studiert.

Bedeutung langfristig schwindet. Deswegen versuche Russland in Hinblick auf die Ukraine “jetzt militärisch enormen Druck auszuüben, um damit zu kaschieren, dass es in einer relativ schwachen Position ist”, sagte Pleitgen im Dezember 2021 als damit noch Militärmanöver an der ukrainischen Grenze gemeint waren.

Am russischen Traum zur “alten Dominanz der Sowjetunion zurückzukehren” halte man im Kreml fest, so Olaf Böhnke, Direktor der Berliner Büros der Stiftung “Alliance of Democracies” und der Politikberatung “Rasmussen Global.” Denn noch hat Moskau einen starken Verbündeten in Fernost: Peking.

Weltmacht zu sein, endgültig verwirklichen. Denn dieser besteht seit langem, wenn man einen Blick auf die Geschichte Chinas in den letzten 500 Jahren wirft, so Böhnke. “China war schon immer eine Weltmacht, die ihren Fokus jedoch stark nach innen richtete und wenig expansiv und imperialistisch auftrat.” Das änderte sich mit einer Öffnungsstrategie unter Deng Xiaoping in den 80er Jahren, die das Land wirtschaftlich stärkte, erläutert Böhnke. Seitdem entwickelt sich der ökonomische Aufstieg Chinas rasant, doch das politische Konzept dahinter sei “eigentlich nicht mehr mit der Grundlage unserer freien Marktwirtschaft zu vereinbaren”, meint Böhnke. Das Bruttoinlandsprodukt Chinas

hat sich seit 1990 fast vervierzigfacht auf rund 14,86 Billionen US-Dollar in 2020, wie Berechnungen des Internationalen Währungsfonds ergaben.

Mit dem Wirtschaftswachstum Chinas geht auch ein politischer Bedeutungsgewinn einher und es scheint, als seien die Konflikte mit anderen weltpolitischen Akteuren programmiert. Der Ton der Biden-Administration gegenüber China ist scharf, und der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung bezeichnet China als einen "systemischen Rivalen." Hänsch sieht diese Systemrivalität nicht, er erkennt deutliche Unterschiede im politischen sowie im Wertesystem, meint aber, eine normative Bewertung dieser sei nicht zielführend. Im Endeffekt "muss man miteinander auskommen, sowohl aus wirtschaftlichen als auch sicherheitspolitischen Gründen", so Hänsch. Wie dieses Miteinander-Auskommen aussieht, ist für Böhnke die grundlegende Frage, die sich Europa nun stellen müsse: "Schafft man es mit China nach wie vor in einer guten Kooperation, oder muss China als Rivale betrachtet werden?" Hänsch betont, dass die Europäer bei der Beantwortung dieser Frage darauf achten müssen, "zusammen zu bleiben, und dass Europa nicht ein Spielfeld fremder Mächte wird." Das ist ein schwieriges Unterfangen, denn China erkannte sehr früh die "Einstimmigkeitsklausel der EU bei außenpolitischen Entscheidungen und schuf daraufhin strategische Abhängigkeiten", analysiert Böhnke. Während der Wirtschaftskrise begannen chinesische Staatsunternehmen mit dem Kauf von z.B. griechischen Infrastrukturprojekten. Das prominenteste Beispiel ist der Hafen von Piräus. Dieses "wirtschaftliche Druckmittel nutzte China, um mit Griechenlands Stimme eine Abstimmung der EU über die Verurteilung der chinesischen Menschenrechtsverletzungen zu blockieren", sagt Böhnke. An der Art und Weise der wirtschaftlichen Abhängigkeit zu China lasse sich Europa gut teilen, zum einen "die EU-Länder, die sich um Direktinvestitionen aus China streiten", zum anderen die exportstarken Länder, "für die China der größte anzustrebende Absatzmarkt ist", so Böhnke. Diese Abhängigkeitsbeziehungen zeigen die Grundlage der chinesischen Taktik, durch wirtschaftliche Dominanz politisch zu lenken. Böhnke führt den chinesischen Erfolg auch auf die autokratische Regierungsform zurück. "Sie spielen sehr strategisch und langfristig, auch

"Das könnte der tipping point sein, an dem sich entscheidend etwas am Verhältnis der Welt zu China ändern könnte."

weil niemand befürchten muss, bald wieder abgewählt zu sein."

Diese besondere Symbiose aus Autokratie und Staatskapitalismus steht im Gegensatz zu westlichen Werten, der Demokratie, des freien Marktes und der Menschenrechte. Eine werteorientierte Außenpolitik, wie sie auch Außenministerin Baerbock propagiert, ist laut Hänsch, "der Versuch, eine Großmacht wie China durch Sanktionen zu demokratisieren." Das bezeichnet er als "zum Scheitern verurteilt und einen geopolitischen Fehler schlimmster Sorte." Pleitgen hält es für schwer vorstellbar, dass die Länder der EU mit ihren tiefgreifenden wirtschaftlichen Beziehungen zu China "wirklich Druck machen in Sachen Menschenrechte und militärische Expansion. Es ist eine der größten außenpolitischen Schwierigkeiten zwischen den USA und den Europäern, da eine gemeinsame Linie zu China zu finden." Das erste Worst-Case-Szenario für die westliche demokratische Gemeinschaft "war Hong Kong. Das Nächste wäre die Annexion Taiwans", so Böhnke. "Das könnte der tipping point sein, an dem sich entscheidend etwas am Verhältnis der Welt zu China ändern könnte." China testet seine Grenzen aus, Böhnke beschreibt es als "eine schleichende, aber ständige Eskalation des Verhältnisses."

Kann Europa mitspielen?

In diesem rauen weltpolitischen Terrain werden China und die USA die entscheidenden Machträume einnehmen. Wieviel Platz für Europa bleibt, ist die Existenzfrage. "Am Anfang des neuen Jahrhunderts geht es um die Selbstbehauptung Europas in der Welt," schreibt Hänsch in seinem 2010 veröffentlichten Buch "Kontinent der Hoffnung – mein europäisches Leben." Diese Selbstbehauptung ist unmöglich, wenn Europa außenpolitisch über keine einheitliche "Sprache der Macht" verfügt, wie es Kommissionspräsidentin von der Leyen ausdrückte. Diese Sprache zu lernen, sei ihr Ziel, betonte sie 2019 bei ihrer Antrittsrede. Doch innereuropäisch streitet man nach wie vor über das "pädagogische" Konzept und ob überhaupt eine Sprachbegabung vorhanden ist. Der Koalitionsvertrag der neuen deutschen Regierung glaubt, einen Lösungsvorschlag anbieten zu können: "Weiterentwicklung zu einem

föderalen europäischen Bundesstaat.“ Also neben einem grundlegenden institutionellen Umbau der EU, die Abschaffung der Einstimmigkeitsklausel bei außenpolitischen Entscheidungen sowie die Verabschiedung vom Prinzip einer Gemeinschaft souveräner Staaten. Hänsch hält das für “eine Illusion; selbst wenn man es könnte, wäre es ein Fehler.“ Denn es gebe “kein europäisches Volk, die EU besteht aus 27.“ Und wo kein Volk ist, dort gibt es auch keinen Souverän. Böhnke widerspricht. In der Theorie wäre es die Lösung, jedoch ergäben sich für ihn drei Interessen-



Dr. Klaus Hänsch

war von 1979 bis 2009 Mitglied und von 1994 bis 1997 Präsident des europäischen Parlaments. Hänsch ist Sozialdemokrat und studierte 1962-65 am OSI. Er blieb dem Institut bis zu seiner Promotion 1969 als wissenschaftlicher Mitarbeiter erhalten.

Klaus Hänsch während einer Rede beim Europäischen Konvent im Jahr 2002

Foto: Europäisches Parlament

gruppen, die es wohl schwer haben werden, zu einem Kompromiss zu kommen. Erstens der Teil der EU, der die Föderalisierung aufgrund der dann erhöhten Handlungsfähigkeit schon lange wolle, zweitens der Teil, der die EU als Binnenmarkt schätze und in ihr ein hauptsächlich ökonomisches und kein politisches Projekt sehe, und drittens die osteuropäischen EU-Staaten, die zum Gebiet des Warschauer Paktes gehörten und ihre vollständige Souveränität, die sie erst 1990/91 erlangten, nicht an einen europäischen Bundesstaat abgeben wollten, in dem die großen europäischen Länder dominierten. Das zentrale Problem sei laut Böhnke, dass “man diejenigen, die dagegen sind, davon überzeugen müsste ihre jetzige Veto-Stärke aufzugeben zugunsten eines europäischen Bundesstaatsmodells, von dem sie wissen, dass dort ihre Stimme weniger wert sein wird.“ Es gibt einen alternativen, aber problematischen Lösungsweg: der ökonomische Zwang, denn in der Haushaltspolitik besteht Mehrheitsstimmrecht. “Ob das die beste Grundlage für eine erneuerte europäische Union ist, ist die Frage“, merkt Böhnke an.

Bleibt den Europäern also nichts anderes übrig, als sowohl ihren schrumpfenden Anteil an der Weltbevölkerung als auch ihre Reise in die weltpolitische Bedeutungslosigkeit

zu akzeptieren? Hänsch erwidert, wenn “die Völker Europas zusammenhalten und handlungsfähig bleiben“, dann gelingt die Selbstbehauptung, und das “politische Wunder Europa“ lebt fort. Auch Böhnke glaubt an die Multipolarität der zukünftigen Weltpolitik. “Ich sehe nicht, dass es irgendeinem Land noch einmal gelingen wird so eine Dominanz herzustellen, wie es das in der Vergangenheit gab.“

Die geopolitische Zukunft erscheint multipolar, die Hegemonie einer Großmacht, ist ein Relikt des vergangenen Jahrhunderts. Die Weltpolitik als Geschichte des disruptiven Wandels wird fortbestehen. Grundlegende und vergleichsweise schnelle Veränderungen könnten das “new normal“ sein in einer Welt, die auch globalisierter und digitaler ist als je zuvor. Die Rolle Europas in dieser Welt ist ungewiss. Der Maastrichter Gründungsvertrag der Europäischen Union von 1992 deklariert: “Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.“ Im Vorgestern war es Realität. Bis gestern stand all das auf dem Spiel. Heute wird es von russischen Raketen in Kiew angegriffen. Das geopolitische Morgen ist düster.

„Disruption“ in der internationalen Politik?

von Horst Teltschik

Das Tempo und das Ausmaß disruptiver Innovationen in der Technologie war in den letzten dreißig Jahren atemberaubend. Mussten in den sechziger Jahren während meiner Studienzeit am Otto-Suhr-Institut für eine Seminararbeit noch viele Bücher und Fachzeitschriften mühsam gelesen und ausgewertet werden, steht heute Wissen auf Knopfdruck zur Verfügung. Ich muss nicht mehr ein ganzes Buch lesen, um auf die oft wenigen Seiten zu stoßen, die ich für meine Arbeit benötige. Aber geht mir dadurch nicht vieles verloren, um Fakten und Schlussfolgerungen besser einordnen zu können?

Im Sommersemester 1966 nahm ich an einem Seminar teil, das von den Professoren Richard Löwenthal und Gilbert Ziebura gemeinsam durchgeführt wurde. Es ging um ein hochpolitisches Thema, das mich später beruflich bis zum Tag der deutschen Einheit 1990 beschäftigen sollte. Das Seminarthema lautete: „Faktoren der Lockerung und der Beharrung im bipolaren Weltsystem“.

Dieses seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bestehende bipolare Weltsystem erschien 1966 nach dem Berlin-Ultimatum des sowjetischen Generalsekretärs Nikita Chruschtschows von 1958, nach dem Bau der Berliner Mauer im August 1961 und nach der gefährlichen Kubakrise 1962 stabiler denn je. Dennoch gab es Politiker im Westen, die weiterhin bestrebt waren, die Ost-West-Beziehungen positiv zu entwickeln und Konflikte zu vermeiden: Disruption auf dem erneuten Höhepunkt des Kalten Krieges.

Im Oktober 1962 hielt der US-Präsident John F. Kennedy in der American Academy seine berühmte Friedensrede. Der sowjetische Generalsekretär Nikita Chruschtschow ließ sie in allen sowjetischen Zeitungen veröffentlichen. Im Dezember 1967 beschlossen die NATO – Mitgliedsstaaten den so-

nannten Harmel-Bericht mit der wichtigen politischen Aussage, dass 'Sicherheit und Entspannung die zwei Seiten der gleichen Medaille' seien.

Außenminister Willy Brandt griff trotz der Ablutigen Niederschlagung des Prager Frühlings durch die Sowjetarmee im August 1968 den alten sowjetischen Vorschlag einer europäischen Sicherheitskonferenz auf. Diese Initiative führte am 1. August 1975 in Helsinki zur Unterzeichnung der Schlussakte der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)“, unterzeichnet von allen 35 Staats- und Regierungschefs. Vorausgegangen waren Verhandlungen von Egon Bahr, die zum Abschluss von bilateralen Verträgen mit Moskau und Warschau führten. Sieben weitere Verträge folgten, darunter ein Vier-Mächte Abkommen über Berlin und der „Grundlagenvertrag“ mit der DDR. Das Signum dieser Politik hieß 'Wandel durch Annäherung'.

Aber trotz dieser augenscheinlichen Entspannungsschritte zwischen West und Ost begann der sowjetische Generalsekretär Breschnew in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre mit der Aufrüstung sowjetischer Mittelstreckenraketen (SS20), die von der Reichweite nicht gegen die USA sondern gegen Westeuropa, den Motor der Entspannungspolitik, gerichtet waren. Auf Initiative von Bundeskanzler Helmut Schmidt antwortete die NATO im Dezember 1979 mit einem Doppelbeschluss: Entweder rüste die UdSSR die SS20 wieder ab oder die NATO werde amerikanische Mittelstreckenraketen in Westeuropa stationieren.

Die Genfer Verhandlungen zwischen beiden Weltmächten scheiterten. Die NATO begann mit der angedrohten Aufrüstung in Europa. US-Präsident Ronald Reagan verschärfte den Ost-West-Konflikt mit der Ankündigung der 'Strategischen Verteidi-

gungsinitiative` (SDI). Der sowjetische Generalsekretär Juri Andropov drohte einen Dritten Weltkrieg an. Das war erneut ein Scheitelpunkt in den Ost-West-Beziehungen. Der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow berichtete mir einmal, dass diese beiden Entscheidungen der NATO sowie des US-Präsidenten das sowjetische Politbüro bewegen hätten, seine Politik zu ändern.

Unmittelbar nach seiner Wiederwahl vereinbarten der amerikanische Präsident Ronald Reagan und Bundeskanzler Helmut Kohl im Dezember 1984 in Washington in einem gemeinsamen Communiqué, dass die USA bereit seien, die Gipfeldiplomatie und die Abrüstungsverhandlungen mit der UdSSR wieder aufzunehmen, sobald sich die Möglichkeit dafür eröffnet.

Mit der Ernennung von Michail Gorbatschow im März 1985 zum neuen sowjetischen Generalsekretär war es soweit. Er leitete gewissermaßen eine zweifache Revolution ein. Seine Reformpolitik von Perestroika und Glasnost sollte das kommunistische System der Sowjetunion beenden.

Außenpolitisch eröffnete er den Weg zur Überwindung des Ost-West-Konflikts und zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands. Sein Nachfolger Boris Jelzin setzte den Weg mit der friedlichen Auflösung des Warschauer Paktes und am Ende sogar der UdSSR

Horst M. Teltschik war unter Helmut Kohl von 1983- 1990 stv. Leiter des Bundeskanzleramts und Chef der Abteilung für auswärtige Beziehungen. Er war der außenpolitische Berater Kohls und spielte bei den Verhandlungen zur deutschen Einheit eine herausragende Rolle. Anschließend wechselte er in die Wirtschaft. Von 1999 bis 2008 leitete er die Münchner Sicherheitskonferenz. Derzeit ist er Honorary Director of the Atlantic Council und Member of the Korean-Germany Joint Consultations Committee on National Unification.



selbst fort. Das war mehr als Disruption in der Gestaltung internationaler Beziehungen. Das war am Ende eine mehrfache friedliche Revolution. Das bi-polare Weltsystem zweier Weltmächte mit ihren jeweiligen Bündnissen und der Antagonismus ihrer Gesellschaftssysteme hatte sein Ende gefunden.

Dieser Prozess war nicht planbar. Er hing von den handelnden Politikern ab, von ihren politisch-strategischen Überzeugungen und Handlungsfähigkeiten, von ihrer Fähigkeit zum wechselseitigen Vertrauen. Präsident Gorbatschow sagte mir einmal, wenn er nicht das Vertrauen in George Bush und Helmut Kohl gehabt hätte, wäre vieles anders gelaufen.

Der größte Vorbehalt gegenüber der Wiedervereinigung Deutschlands kam von der britischen Premierministerin Margaret Thatcher. Ich hatte 1990 mehrfach den Auftrag, sie persönlich in ihrem Amtssitz in London zu unterrichten. Aus ihrer Sicht hatte der Kalte Krieg zwischen West und Ost nach 1945 trotz aller Krisen aufgrund seines wechselseitigen nuklearen Abschreckungspotentials zu einer gewissen Stabilität in Gesamteuropa geführt. Diese aus ihrer Sicht 'stabile' Nachkriegsordnung werde jetzt durch die Wiedervereinigung Deutschlands grundlegend verändert, ohne dass eine neue Ordnung erkennbar sei. Angesichts der gegenwärtigen Lage in Gesamteuropa und des Aufmarsches von russischen Truppen könnte die Besorgnis von PM Thatcher fast prophetisch erscheinen.

Aber sie selbst hatte noch am 21. November 1990 in Paris gemeinsam mit allen 33 Staats- und Regierungschefs Gesamteuropas die „Pariser Charta für ein neues Europa“ unterzeichnet, einen Tag vor ihrem Rücktritt als Premierministerin. In der Charta wurde die Vision einer Gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok als gemeinsame Perspektive formuliert. Das Ziel sollte das Gemeinsame Europäische Haus sein, das allen Bewohnern, damit auch Russland, der Ukraine usw. die gleiche Sicherheit garantiert.

Welch` eine Vision?! Ich fühlte mich an diesem Tag in Paris an Martin Luther Kings berühmte Worte erinnert: „I have a dream...“ bzw. an die Worte, die der ehemaligen israelischen Premierministerin Golda Meir zugeschrieben werden: „Wer keine Träume hat, ist kein Realist“.

Beschlossen wurde ein Katalog von Prinzipien, nach dem diese Gesamteuropäische

Friedens- und Sicherheitsordnung gestaltet werden sollte. Instrumente zur Umsetzung wurden verabredet: Jährliche Außenministertreffen; Überprüfungskonferenzen auf der Ebene der OSZE-Staats- und Regierungschefs; Einrichtung eines Konfliktverhütungszentrums in Wien. Das gibt es immer noch!

US-Präsident Clinton berichtete mir darüber hinaus einmal persönlich, dass er dem russischen Präsidenten Jelzin mündlich wie schriftlich angeboten hätte, dass Russland Mitglied der politischen Organisation der NATO werden solle. Eine solche Entscheidung käme für Russland zu früh, sei die Antwort Jelzins gewesen.

Ein erster Schritt wurde getan, als Russland Mitglied der amerikanischen Initiative „Partnership for Peace“ wurde. Im Mai 1997 unterzeichneten die NATO-Mitgliedsstaaten und Russland die „Grundakte“, in der Russland zusagt, die NATO nicht länger als „Gegner“ zu betrachten. Ein NATO-Russland-Rat wurde eingerichtet. Er wurde gerade in kritischen Phasen vom Generalsekretär der NATO oft nicht eingeladen und wenn, dann zumeist nur auf der Ebene von Botschaftern, die keine selbständige Entscheidungsbefugnis haben.

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 – noch unter meiner Leitung – schlug die Bundeskanzlerin Angela Merkel vor, die Beziehungen der NATO zu Russland weiterzuentwickeln, ohne es weiter zu konkretisieren. Keiner der Teilnehmer fragte nach. Auch Präsident Putin ging in seiner anschließenden Rede nicht darauf ein. Auch bei ihm fragte keiner der Teilnehmer nach.

Putins Nachfolger im Amt, Präsident Dmitri Medwedew, hielt am 5. Juni 2008 eine Rede im Hotel Adlon in Berlin und schlug vor, die Pariser Charta in einen Vertrag zu fassen. Die Charta sollte auf diese Weise eine größere Verbindlichkeit erhalten. Es erfolgte von keiner Seite irgendeine Antwort.

Heute sind wir erneut mit sich verschärfenden politischen Krisen in Europa und weltweit konfrontiert. China hat sich zu einer weiteren Weltmacht entwickelt. Die militärische Bedrohung nimmt zu. Wir erleben einen weltweiten Prozess der Aufrüstung. Wichtige Abrüstungsverträge wurden von beiden Seiten gekündigt. Neue, gefährlichere Waffensysteme werden entwickelt, der Weltraum militarisiert. Regionale Konflikte nehmen zu, im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika, in Lateinamerika, in Asien. Eine weltweite Pandemie erschüttert viele Länder. Autokraten wittern Morgenluft.

Präsident Putin hat den Beweis angetreten.

Der russische Einmarsch in die Ukraine war mehr als ein Paukenschlag - Disruption pur. Europa erlebt nach den Worten von Bundeskanzler Scholz eine „Zeitenwende“. Die Idee eines Gemeinsamen Europäischen Hauses, wie sie in der Pariser Charta in ihren Umrissen skizziert worden war, ist gescheitert. Russland hat sich weltweit weitgehend

isoliert. Die NATO bleibt der entscheidende Anker für die Sicherheit des freien Europa – unverzichtbar die Führungsrolle der USA im Zusammenwirken mit der Europäischen Union, die politisch und militärisch weiter zusammenwachsen muss. Die neue Bundesregierung hat die ersten mutigen Entscheidungen getroffen. Noch vor wenigen Wochen hätten sie helle Empörung in den eigenen Reihen ausgelöst. Die Realität hat obsiegt.

Die globale Mindeststeuer – Disruption in der internationalen Steuerpolitik?

**Ein Gespräch mit Thomas Rixen, Professor für Internationale und
Vergleichende Politische Ökonomie am OSI**



Nach jahrelangen Verhandlungen war es im Juli 2021 schließlich soweit: 136 der 140 OECD-Staaten einigten sich auf ein internationales Reformpaket, das zu einer gerechteren Unternehmensbesteuerung, insbesondere von Digitalkonzernen, führen soll.

Begonnen hatten die Reformbemühungen 2017, als die G20 die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beauftragte, Möglichkeiten für eine weltweit gerechtere Besteuerung zu finden. Nach dem Regierungswechsel in den USA nahmen die Verhandlungen an Fahrt auf: Im Juni 2021 einigten sich zuerst die G7, dann die meisten OECD-Staaten auf einen Vorschlag. Lediglich Kenia, Nigeria, Pakistan und Sri Lanka verweigerten die Zustimmung. Auf ihrem Gipfeltreffen in Paris im Oktober bekräftigten schließlich die G20-Staaten geschlossen ihre Unterstützung. Bis 2023 soll nun eine zweisäulige Reform in Kraft treten:

Die erste Säule besteht aus einer Änderung der Besteuerungsrechte, sodass mehr Steuern in Marktstaaten, also dort, wo der Umsatz generiert wird, bezahlt werden. Dies betrifft ausschließlich die größten und profitabelsten Unternehmen. Expert*innen schätzen, dass weltweit etwa 100 Konzerne die Bedingungen – mindestens 20 Milliarden Umsatz mit einer Umsatzrendite von 10% oder mehr – erfüllen.

Die zweite Säule betrifft die eigentliche globale Mindeststeuer, die in bisherigen Medienberichten besonders hervorgehoben worden ist: So sollen multinationale Firmen ab 750 Millionen Jahresumsatz effektiv mit mindestens 15% besteuert werden. Jedes Land kann weiterhin seinen Steuersatz selber festlegen – unterschreitet dieser jedoch 15%, fordert der Staat, in dem die Muttergesellschaft des Konzerns seinen Sitz hat, die Differenz zu den 15% ein. Damit sollen Steueroasen unattraktiv werden und große Konzerne zur Kasse gebeten werden.

Dennoch bleibt angesichts des begrenzten Anwendungsbereichs die Frage, inwieweit die globale Mindeststeuer sowie die Änderung der Besteuerungsrechte eine Disruption darstellen.

Thomas Rixen erklärt im Gespräch mit der OSI-Zeitung die Prozesse, die zu der Einigung geführt haben, und analysiert ihre Bedeutung und die praktischen Implikationen.

von Harriet Klepper

OSI-Zeitung: Sie haben sich viel mit globaler Steuerpolitik beschäftigt - sind Steuern disruptiv?

Rixen: Nö. Im Gegenteil sind sie dazu da, eine gesellschaftliche Ordnung aufrechtzuerhalten, öffentliche Güter zu finanzieren, kurz: eine zivilisierte Gesellschaft zu ermöglichen, und insofern sind sie das Gegenteil von Disruption.

Sehen Sie trotzdem ein gewisses Disruptionspotenzial in der Reform? Macht eine Steuer, die erst für Konzerne ab 750 Millionen Umsatz gilt, überhaupt einen Unterschied?

Rixen: Wir sehen hier durchaus etwas grundlegend Neues: In der internationalen Steuerpolitik haben die Staaten immer stark auf ihre eigene Steuersouveränität geachtet und betont, keine internationalen Organisationen in dieser nationalen Angelegenheit intervenieren sehen zu wollen. Das ändert sich jetzt

und stellt einen Paradigmenwandel dar – allerdings nur für einen sehr kleinen Anwendungsbereich. Auf der Ebene des Prinzips kann man das als Disruption bezeichnen, auch wenn die praktischen Auswirkungen eher gering sind.

„Das Interessante daran ist also nicht der praktische Nutzen, sondern das neue Prinzip, dass Besteuerungsrechte zu den Marktstaaten wandern“

Machen wir damit tatsächlich einen „bedeutenden Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit“, wie das Bundesfinanzministerium behauptet?

Rixen: Das ist politische Prosa. Ich glaube, bis wir auf internationaler Ebene von Steuergerechtigkeit sprechen können, ist es ein weiter Weg. Aber es ist ein bedeutender Schritt, besonders gemessen an den Problemen, von denen wir hier reden: Gewinnverschiebung von multinationalen Unternehmen und Steuervermeidung. Diese Themen sind insbesondere in den letzten 10 Jahren in der Öffentlichkeit stark skandalisiert wor-

den, davor nicht. Gemessen daran, dass wir vorher Jahrzehnte nichts gesehen haben, ist die Reform ein bedeutender Schritt. Das ist zu würdigen. Damit ist Steuergerechtigkeit aber noch lange nicht verwirklicht, es gibt noch zu viele Schlupflöcher.

Inwiefern profitieren Entwicklungs- und Schwellenländer von der Einigung?

Rixen: Sehen wir uns zunächst die 1. Säule an, die Zuordnung der Besteuerungsrechte. Da geht es in der Tat nur um die ca. 100 umsatzstärksten Konzerne, und es geht nur um einen bestimmten Teil der Gewinne, die sogenannten übernormalen Gewinne. Quantitativ betrachtet ist das ein recht kleiner Teil.. Das Interessante an dieser 1. Säule ist die Verwendung eines neuen Prinzips, eine Formelallokation, um die Gewinne von multinationalen Unternehmen zur Besteuerung auf die beteiligten Staaten aufzuteilen. Das wurde, obwohl es immer wieder von Wissenschaftler*innen und der Zivilgesellschaft gefordert wurde, von den Regierungen abgelehnt. Insofern können wir hier von einem bedeutenden, paradigmatischen Wandel sprechen, allerdings eben nur für einen begrenzten Anwendungsbereich. Das Interessante daran ist also nicht der praktische Nutzen, sondern das neue Prinzip, dass Besteuerungsrechte zu den Marktstaaten wandern (da, wo Endprodukte letztendlich verkauft werden). Der Effekt für Entwicklungsländer hängt davon ab, wie umsatzstark ihre Märkte sind. Die genaue Verteilungswirkung wird sich von Land zu Land unterscheiden, es ist aber plausibel anzunehmen, dass sich viele Entwicklungsländer schlechter stellen als entwickelte Staaten mit umsatzstarken Märkten.

Und auf die 2. Säule bezogen?

Rixen: Was die 2. Säule in Bezug auf Entwicklungsländer angeht, so kann ihnen das auch helfen. Die globale Mindeststeuer von 15% besagt, dass der Residenzstaat, also der Staat, indem ein Unternehmen seinen Hauptsitz hat, das Recht hat, einen Aufschlag zu er-

heben, wenn die Gewinne im Ausland mit weniger als 15% besteuert sind. Die meisten multinationalen Unternehmen sitzen im Norden, das scheint also erstmal dem globalen Norden zu nutzen. Das stimmt aber nur in einer statischen Perspektive: Wenn sich alle Staaten an die Einigung halten, führt das dazu, dass der Steuerwettbewerb um diese Unternehmen abnimmt. Für die sogenannten Quellenstaaten macht es dementsprechend keinen Sinn mehr, weniger als 15% Steuern zu verlangen, da dies keinen Spareffekt für die Unternehmen hat – so lässt sich also kein Kapital mehr anlocken. Deshalb kann man

erwarten, dass Länder, in denen diese Unternehmen tätig sind, aber nicht ihren Sitz haben, ihre Steuern anheben werden, eben auf mindestens 15%. Wenn sich das bewahrheitet, hilft das auch dem globalen

Süden. Sie sehen, die Verteilungseffekte sind komplex. Aber es gibt keinen Grund anzunehmen, dass sich die bisherige Benachteiligung des globalen Südens wesentlich verbessert.

„Am Ende ist es ein Verhandlungsspiel“

Kritiker, z.B. Oxfam International, werfen der Reform vor, zu stark auf die Interessen von Steueroasen wie Irland eingegangen zu sein. Auch US-Finanzministerin Yellen forderte noch im April 2021 eine Mindestbesteuerung von 21%.

Rixen: Ich würde eine höhere Mindestbesteuerung durchaus für angemessen halten und mich der Kritik anschließen. Man muss aber auch sehen, woher wir kommen nämlich aus einer Situation ohne jede Mindeststeuer. Am Ende ist es ein Verhandlungsspiel: Ein wesentlicher Grund, warum wir diese Reform jetzt haben, ist, dass in den

„Wer hat ein Interesse an Steueroasen? Vor allem reiche Steuerzahler*innen und Unternehmen in reichen Ländern, um Steuern zu vermeiden.“

USA nun eine Regierung die Macht hat, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die Steuern auf Unternehmen zu erhöhen. Sie wissen, dass sie das nur effektiv machen können, wenn sie ihre nationalen Regeln internationalisieren, und genau das haben sie mit dieser Reform versucht und mindestens teilweise erreicht: Natürlich sagt man da erstmal eine hohe Zahl, im Verhandlungsspiel wird sie aber natürlich gedrückt.

Aus welchem Grund haben Steueroasen wie die Kaimaninseln zugestimmt? Würde das nicht ihr Geschäftsmodell zerstören?

Rixen: Ja, das tut es, aber es wurde Druck auf sie ausgeübt, dem sie sich gebeugt haben. Es verursacht auch Reputationsschäden, wenn man dem nicht zustimmt. Die interessantere Frage ist doch eher, warum die OECD-Staaten nicht schon früher diesen Druck ausgeübt haben. Wer hat ein Interesse an Steueroasen? Vor allem reiche Steuerzahler*innen und Unternehmen in reichen Ländern, um Steuern zu vermeiden. Das sind Akteure, die politisch sehr einflussreich sind, weswegen man jahrzehntelang nicht gegen Steueroasen vorgegangen ist. Mit der Finanzkrise hatten die Staaten einen höheren Finanzbedarf und gleichzeitig ist die Öffentlichkeit aufgewacht. Das ist eine sehr typische Dynamik: Interessengruppen haben es dann einfach, ihre Interessen geltend zu machen, wenn die breite Öffentlichkeit nicht so genau hinschaut. Wenn sie es tut, geht das nicht mehr so einfach. Zusätzlich ist ein wichtiger Faktor in der internationalen Steuerpolitik, wer die amerikanische Regierung stellt. Wie Lukas Hakeberg gezeigt hat, gibt es nur dann Fortschritte, wenn die Demokraten an der Macht sind, und dass auch nur, wenn es nicht allzu starke Wirtschaftsinteressen gibt, die dagegensprechen. Wir sehen dagegen keine Fortschritte im Kampf gegen Steuervermeidung und -hinterziehung, wenn die Republikaner an der Macht sind – das ist ein relativ konsistentes Muster.

Kenia, Nigeria, Pakistan und Sri Lanka haben der Einigung nicht zugestimmt. Inwiefern spielt das eine Rolle?

Rixen: Es ist nicht völlig unerheblich, aber es sind keine großen Spieler, die Heimat von vielen multinationalen Konzernen wären, von daher sind die Effekte nicht riesig.

Bereits 2023 sollen die neuen Steuern erhoben werden. Wie sehen jetzt die nächsten Schritte aus?

Rixen: Es läuft darauf hinaus, dass die Staaten nationale Regeln dazu werden erlassen müssen. Es wird z.B. sehr spannend, ob die Regeln überhaupt den amerikanischen Kongress passieren werden. Wenn nicht, dann ist die Reform praktisch nutzlos. Außerdem müssen noch viele Detailfragen geklärt werden. Es wird darauf ankommen, dass in diesen Prozessen nicht weitere Schlupflöcher eingebaut werden.

Prof. Dr. Thomas Rixen,
***13.10.1974**

Arbeitsbereich: Schwerpunkt Internationale und Vergleichende Politische Ökonomie

Werdegang: Nach dem Studium der Politikwissenschaft und der VWL in Bonn, Hamburg und Ann Arbor war er zeitweise Referent der Grünenpolitikerin Krista Sager. Nach seiner Dissertation in Bremen zur politischen Ökonomie globaler Steuerpolitik arbeitete er von 2007 bis 2012 am WZB, bevor er Professor für Public Policy in Bamberg wurde. Den Wechsel zum OSI 2019 empfindet er als „Sechser im Lotto“. Er wurde Nachfolger von Susanne Luetz und damit indirekt von Elmar Altvater. Außerdem ist er als Vertrauensdozent der Heinrich-Böll-Stiftung tätig.

In seiner Freizeit kocht er gerne und genießt mit Frau und Kindern (10 und 12 Jahre alt) nicht nur das Berliner Stadt- und Kulturleben, sondern hält sich auch möglichst viel in der Natur auf. Bewegung und Sport sind ihm wichtig - egal, ob es sich dabei ums Radfahren, Laufen, Tanzen oder Wandern handelt.

Aktuelle Forschungsschwerpunkte: Staatsfinanzen in nationalen und internationalen Kontexten; Finanzmärkte und ihre Regulierung.

Sein Tipp an Studierende: Mit Leichtigkeit und Engagement studieren, verschiedene Sachen ausprobieren. Er erinnert sich an die Sorgen, die er sich selbst angesichts des unklaren Berufswegs von Politikwissenschaftlern gemacht hat, „dabei wird sich am Ende alles finden“.

Es wird einmal... im Ampel-regierten Deutschland...



Realitätscheck eines deutschen Märchens

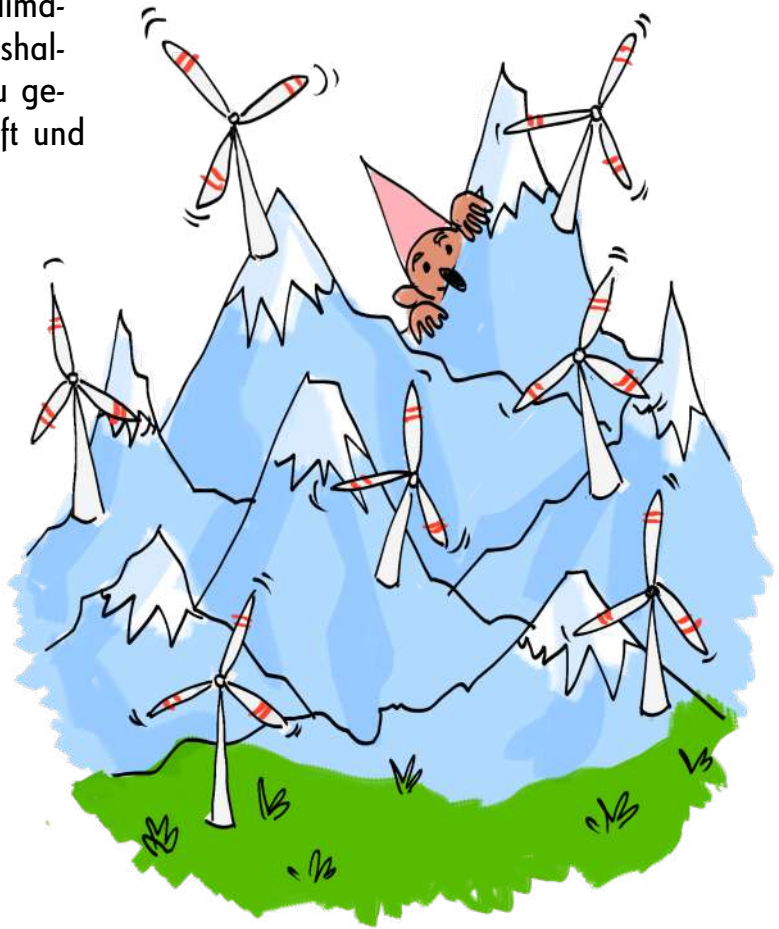
von Finja Schürmann

Es wird einmal... Es wird einmal die „Politik der großen Wirkungen“ (Olaf Scholz; 24.11.2021) kommen. So beginnen alle - nein, nicht alle Märchen sondern - alle Träume von Politikern in neuer Regierungsverantwortung.

Wie gerne schmachete auch ich meinen Träumen der besten aller Welten hinterher. Doch: Dring! Dring! Zu meinem Unglück klingelt mein Wecker, lässt mich im Traum hochschrecken. Punkt 8. Eine humane Uhrzeit, um im Grunewald joggen zu gehen. Dort gibt es seit kurzem ein Artenschutzgebiet, denn die Ampelregierung sorgt sich um aussterbende Populationen in Deutschland, indem sie 30 Prozent der bundesweiten Landesfläche für Artenschutzgebiete ausgewiesen hat. „Leben allein genügt nicht, sagte der Schmetterling, Sonnenschein, Freiheit und eine kleine Blume muss man auch haben“ (Hans Christian Andersen). Meinen Weg kreuzen Dachse, Füchse, Igel. Die Luft weht frisch, keine Abgase beschweren die Winde. Der Himmel strahlt mir fröhlich blau entgegen, keine Flugzeuge durchkreuzen das pittoreske Naturbild. Nein, seitdem die Ampel-Regierung den Fernverkehr und die Strecken der Deutschen Bahn im 30 Minuten-Takt ausgebaut und als i-Tüpfelchen digitalisiert hat, sind Flugzeuge immer seltener am Himmel zu sehen. Stattdessen stehen hinter den sieben Bergen, bei den sieben... - ... in ganz Deutschland mehr und mehr Windräder. Die Region stärken, das Landleben aufwerten und das Grün wieder zu schätzen wissen - das ist die Trendwende. Keine Wirtschaft ohne Klima-

schutz! Ja, das ist es, wofür es sich zu leben lohnt...

Mit der Ampelregierung steigt nicht nur die Hoffnung auf eine konsequente Klimapolitik, nein, auch meine Erwartungshaltung steigt bis in die Sterne. Im neu geschaffenen Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz sollen unsere Erwartungen erfüllt und die Wahlversprechen umgesetzt werden: vorzogener Kohleausstieg bis 2030. Check. Leitmarkt für grünen Wasserstoff bis 2030. Check. Klimaneutralität bis 2045. Check. Schnellerer Ausbau von erneuerbaren Energien auf 80 Prozent. Check. Wie? Durch 2 Prozent neue Flächenausweisungen. Zertifikatepreise von mindestens 60 Euro. Check. Klingt das nicht nach einem Aufbruch? Spieglein, Spieglein an der Wand, wann regiert die Ampel ein klimaneutrales Land?



Stopp! Klaus Jacob - Politikwissenschaftler und Forschungsleiter für Umweltpolitik an der Freien Universität Berlin - warnt mich: „Mit der Koalitionsvereinbarung verliert das Umweltministerium die Zuständigkeit für Klimaschutz an das Wirtschaftsministerium und für Umweltaußenpolitik an das Außenministerium. Zwar kommt der Verbraucherschutz hinzu. Aber ob ein dauerhaftes Mainstreaming von Klimaschutz in die Wirtschafts-, Energie-, Finanz-, Außen-, Verkehrs-, Bau- und Agrarpolitik auch ohne ein starkes Umweltministerium gelingt, bleibt offen.“ Nein, nach einer konsequenten, grünen Agenda klingt das für mich nicht: Ein Kohleausstieg, der „idealerweise“ auf 2030 angesetzt ist, ist noch nicht umgesetzt. Zwei Prozent ausgewiesene Flächen für erneuerbare Energien sind noch nicht von den kritischen Kommunen umgesetzt. „Im Süden

und Südwesten der Republik“ gibt es Klaus Jacob zufolge „kaum Windräder, obwohl beispielsweise auf der Schwäbischen Alb sehr gut geeignete Flächen vorhanden sind. Hier können kontroverse Debatten erwartet werden.“ Wir denken an Beschwerden, Klagen und Petitionen gegen Windräder und Photovoltaikanlagen. Und warum? Herr Jacob erklärt: „Das wird die Landschaft an vielen Orten verändern und zwar in hohem Tempo“. Der löbliche Vorsatz, mindestens 15 Millionen vollelektrische PKWs bis 2030 auf den Straßen zu haben, motiviert noch keinen Bürger zum Kauf - besonders nicht bei mangelnder Ladeinfrastruktur. Klimaneutral bis 2045 zu sein, bringt uns nicht auf den 1,5-Grad-Pfad. Und dann wären da noch die Kosten für den Transformationsprozess. Eher ein Albtraum.

8:47 Uhr. Mein Morgenlauf ist beendet. Schnell duschen und umziehen, um gleich meinen kleinen Bruder Max mit einem Ständchen zu wecken. Heute ist sein großer Tag: Er wird 16 Jahre alt. Sein 16. Geburtstag beschwört ausnahmsweise keine böse Fee, sondern seine Wahlberechtigung - und zwar nicht zur Kreistagswahl, nein, sondern zur Bundestagswahl! Es ist ein Geschenk des Bundestages, die das Wahlalter von 18 auf 16 Jahren herabgesetzt hat. So finden Max und ich mich an einem Sonntag um 10 Uhr jeweils vor einer Wahlkabine wieder. Fleißig und gewissenhaft setzen wir unsere Kreuze. Puh, es sind ganze schön viele - sechs an der Zahl, denn Wahlen finden ab sofort - wenn möglich - gebündelt statt. Heißt: Heute wählen wir den Bundestag, einen Landtag und BVV mit Erst- und Zweitstimme.

Stopp! Max schaut mich mit großen Augen an. Ihm wurde das Wahlrecht verweigert! Mit erhobenem Zeigefinger kommt eine Wahlhelferin auf mich zu: Sie haben wohl vergessen, dass das Gesetz 'Wählen ab 16' im Bundestag durchgefallen ist! Die Opposition - insbesondere die CDU - hat das Gesetz blockiert, da eine Zweidrittel-Mehrheit für solche Grundgesetzänderungen notwendig ist.

Hm, typisch: Manntje, Manntje, Timpe Te, Buttje, Buttje in der See, diese liebe CDU will nicht so, wie SPD, und nu'?... Nun, dann war das wohl mein Wunschdenken. Aber, versucht die Wahlhelferin Max aufzumuntern, auf Europa-Ebene hat das Wählen ab 16 eine Chance, denn dort wird kein Grundgesetz geändert werden müssen.

Mit hängenden Schultern treten wir aus dem Wahllokal. Draußen ist das enttäuschende Intermezzo vergessen, denn eines darf Max ab sofort mit seinen sweet sixteen: Auto fahren! - natürlich begleitet. Wenigstens das hat die Ampel-Regierung im Bundestag durchgeboxt. War ja auch nicht allzu schwer: Sie mussten nur das Straßenverkehrsgesetz anpassen. Begründung: mehr Sicherheit im Straßenverkehr durch eine Sensibilisierung von Fahranfängern. Die Probezeit wird folglich um ein Jahr verlängert. Der ADAC freut sich über mehr Fahranfänger auf den Straßen.

Unsere Mutter holt uns ab, Max fährt. Wohin? Zur Apotheke. Meine Mutter möchte Cannabis kaufen. Ja, ich habe richtig gehört: die vermeintlichen dangerous drugs werden zu Konsumgütern - zumindest für Erwachsene zu Genusszwecken. Verkauft werden sie in lizenzierten Geschäften, die die Qualität und das Alter des Käufers kontrollieren. Dass Cannabis dennoch kein Brokkoli ist, zeigt allerdings das Werbeverbot für Drogen und verschärfte Regelungen beim Marketing von Cannabis. Aber was noch nicht ist, kann ja noch werden; ganz nach dem Motto: „Zicklein, meck; Tischlein, deck.“ Vielleicht ist morgen schon unser Tisch mit einem Cannabiscookie gedeckt?

Nachdem uns Max sicher zu Hause abgesetzt hat, ist es schon Mittag geworden. Heißt: Mein Arbeitstag beginnt; denn: Wer ist nicht knapp bei Kasse? Weil Geld leider nicht auf Bäumen wächst, heißt meine Zauberformel: Jobben gehen. Um genau 16 Uhr tanze ich bei meinem Arbeitgeber an. Meine Motivation: Die Ampel hat die Minijobgrenze von 450 Euro auf 520 Euro angehoben - und zwar für alle. Es gibt keine Ausnahme von bestimmten Personengruppen.



Stopp! Eine gute Fee warnt mich: Wer zu früh lacht, wird ausgelacht.: Die Anpassung der Minijobgrenze ist nur dem Schein nach eine Wohltat. In Wirklichkeit sind Minijobs eher schlecht als recht: Weil sie in den Niedriglohnsektor fallen, zahlen sie nicht in die Sozialsysteme ein. Heißt: Nichts fließt in die Rentenkasse. Das schwächt unser Umlagesystem. Von wegen die Renten sind sicher. Von wegen das Rentenniveau kann auf 48 Prozent gehalten werden. Von wegen das Renteneintrittsalter bleibt bei 67 Jahren. Welche Zauberformel Scholz dafür hat, das wüsste ich gern! Vielleicht: „Bäumchen, rüttel dich und schüttel dich, wirf Gold und Silber über mich?“ Wahrscheinlich nicht, denn das Leben ist kein Märchen. Machbar ist es aber für die Ampel-Regierung, Minijobs in Gänze abzuschaffen. Das wäre doch mal etwas! Das wäre ein Geschenk für meine Generation!

Wenigstens einen Trost habe ich: die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro. Unvorstellbar, ist aber wahr: die SPD hat ein Wahlversprechen gegeben und auch eingehalten. Hut ab!



Stopp! Nicht alle süßen Zaubersprüche der Ampel-Regierung erwirken auch weitreichend traumhafte Lebensbedingungen. Ausnahmen beim Mindestlohn gibt es weiterhin bei Pflichtpraktika bis drei Monate, bei unter 18-jährigen, Auszubildenden und bei Selbstständigen. Zu viele Veränderungen wären ja auch nicht gut... Seinen Hut ziehen will spätestens dann niemand mehr, wenn man als Rentner realisiert, wofür man 45 Jahre

seine Steuern von seinem Mindestlohn gezahlt hat. Die Antwort: für derzeit 853,28 Euro Rente. Bei steigenden Immobilienpreisen ein finanzierbares Dach über dem Kopf zu finden UND bei Inflation seine Lebenshaltungskosten zu decken UND bei steigenden Energiepreisen seine Nebenkosten zu bezahlen, grenzt an ein Wunder. Da wünschte man sich glatt in die Lage von „Sterntaler“...

Während der Traum von finanzieller Freiheit wohl weiterhin ein Traum bleibt, manifestieren sich der Traum vom Eigenheim und der Wunsch, sicher zu wohnen. 17:36 Uhr: Verstohlen blicke ich auf mein Handy, das klingelt. Meine Freundin Anna schreibt euphorisch, sie habe eine der 400.000 neu gebauten Wohnungen in Wilmersdorf ergattert. Die Glückliche! Bezahlbar ist ihre Wohnung. Klimaneutral. Nachhaltig gebaut. Barrierefrei. Alles, was das Herz begehrt, für jeden etwas dabei! Furcht vor Mieterhöhungen braucht Anna nicht zu haben, denn die Mietpreisbremse ist bis 2029 verlängert.

Stopp! So viel Schwärmerei grenzt an Romantik, nicht Realität! Oliver Schruoffeneger - Bezirksstadtrat der Grünen in Charlottenburg-Wilmersdorf und bis Dezember 2021 zuständig für Stadtentwicklung und Bauen - klärt mich zu den Baumaßnahmen der Ampel auf: „Die Konzentration auf den Neubauten ist zu kurz gefasst.“ Heißt: Die von der Ampel-Regierung anvisierten 400.000 Wohnungen sind unzureichend. Schruoffeneger meint, die neue Regierung vernachlässige den Bestandserhalt „an gut funktionierenden und noch relativ preisgünstigen Altbaubeständen“ in der Innenstadt West. Das Problem: kleinteiliger Streubesitz, alternde Eigentümer, streitende Erben. „Angesichts der Immobilienpreise gehen diese Bestände dann oftmals an große Investoren und Finanzanleger, die (...) auf schnelle Renditen, statt auf langfristige Bestandssicherung setzen.“

Anna muss sich kostengünstiges, klimaneutrales Wohnen wohl abschminken, denn Schruoffeneger prognostiziert, dass „in der Innenstadt West jedes Jahr hohe vierstellige Wohnungsbestände für einen bezahlbaren Wohnungsmarkt verlorengehen“. Und was ist mit den 400.000 Wohnungen, die die Ampel versprochen hat? Herr Schruoffeneger liefert eine klare Antwort: „Es wäre ein Riesenerfolg, wenn diese Zahl in den nächsten 10 Jahren planerisch abgesichert werden könnten. Für die Realisierung sind eher 15-20 Jahre anzusetzen.“ Und was ist mit einem kleinen Studentenappartement - da wird doch viel gebaut? Schruoffeneger sieht darin keine Lösung: „Zur Zeit ist studentisches Wohnen für Bauherren sehr attraktiv. Nirgends lässt sich so schnell viel Geld verdienen, wie mit kleinen studentischen Wohnungen. Diese sind allerdings bezogen auf den Quadratmeterpreis sehr teuer und werden dauerhaft das Problem nicht lösen.“ Wenn Anna nicht zufällig reiche Eltern oder ein großes Erbe hat, um sich eine Wohnung zu kaufen, sieht es schlecht für sie aus. Aber für alle mit dem nötigen Kleingeld: „Im Hochpreissegment gibt es ausreichend Angebote.“, so Schruoffeneger.

Bei so vielen Schreckensszenarien braucht Anna gutes Zureden. Was sind also notwendige Maßnahmen für eine gelingende Wohn- und Baupolitik? „Klare Absprachen mit Bauherren, Investoren, Vermieter- und Mieterverbänden insbesondere zum Umgang mit dem Bestand.“ Also schön: Es wird einmal - irgendwann einmal - preisgünstige Wohnungen geben.

18 Uhr: Arbeitsende. Im Fernsehen läuft die Wahlprognose: Spieglein, Spieglein an der Wand - wer sind die Beliebtesten im Land? Ich sehe vom Wahlerfolg beseelte Leute, die vom nächsten Koalitionsvertrag träumen. Aber ich mache mir bewusst: Ein Koalitionsvertrag ist kein Vertrag, sondern nur eine Vereinbarung, eine schlichte Absichtserklärung. Nichts Verbindliches. Und vielleicht nur ein Märchen.





Studieren ist einfach.



berliner-sparkasse.de/student

Wenn Sie sich um die finanziellen Dinge während des Studiums keine Gedanken machen müssen.

Wenn's um Geld geht
 **Berliner
Sparkasse**

Er lebte durch Freundlichkeit vor, was er erstrebte

Zum Tod von Prof. Dr. Bodo Zeuner

Von Pauline Hofmann



© Henning Schacht

Schon auf dem Gymnasium gründete er eine Schülerzeitung: seine frühe Liebe zur Publizistik. Nach dem Diplom, während seiner Zeit als Assistent von Kurt Sontheimer und in der kurzen Phase der Drittelparität am OSI, war er stellvertretender Institutsratssprecher tätig: sein frühes Engagement für die Hochschule. Bodo Zeuner, geboren 1942 in Königsberg, konnte beides leben.

Er befürchtete allerdings, sich als Institutsratssprecher hauptsächlich mit Hochschulpolitik beschäftigen zu müssen. Da nahm er lieber ein Angebot des SPIEGELS an und arbeitete ab 1969 als Redakteur. Nur drei Jahre später folgte allerdings die Kündigung durch Rudolf Augstein, dem Zeuners Kampf um Mitbestimmung im Verlag zu weit ging.

Zurück zum OSI: Mit Unterstützung aus der Sozialistischen Assistentenzelle (SAZ) bekam er eine Assistenzprofessur für Interessenverbandsforschung. 1975 wurde er habilitiert. Zwei Jahre später folgte die Berufung auf eine reguläre Professur. Politische Erwachsenenbildung und Gewerkschaftspolitik waren seine Schwerpunkte. Zu seinen Forschungsinteressen zählten außerdem Rechtsextremismus und Parteien – verdichtet auch in einer Studie zu Gewerkschaften und Rechtsextremismus 2003/04 mit Richard Stöss und Michael Fichter. Nach seiner Emeritierung 2006 beschäftigte er sich verstärkt mit den Arbeitsverhältnissen und -beziehungen in China.

Am 30. November starb Zeuner im Alter von 79 Jahren.

In Bernd Ladwigs Nachruf des Instituts heißt es: "Bodo Zeuner, der wollte, dass der Mensch dem Menschen ein Helfer ist, lebte durch Freundlichkeit vor, was er erstrebte. Das Otto-Suhr-Institut gedenkt seiner in Dankbarkeit."

A portrait of Reem Alabali-Radovan, a woman with long dark hair, smiling and looking slightly to the right. She is wearing a black turtleneck sweater. The background is a soft, out-of-focus light color.

Ämter und Mandate

Die Wahlen im Herbst haben auch wieder zahlreiche OSI-Alumni in die Parlamente gebracht oder auf Positionen in der Administration.

Neu im Kanzleramt ist die Schweriner Bundestagsabgeordnete **Reem Alabali-Radovan**, die zur Staatsministerin für Migration,



© Henning Schacht

Bär .



© Laurence Chaperon

Paus .

Flüchtlinge und Integration ernannt wurde. Die 1990 in Moskau geborene OSI-Absolventin kam im Alter von sechs Jahren mit ihrer Familie nach Mecklenburg-Vorpommern und studierte nach dem Abitur bis 2013 Politikwissenschaft an der FU. 2015 kehrte sie nach Schwerin zurück und war dort in jener Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge tätig, in der sie selbst als Kind aufgenommen worden war. 2018 begann sie als Büroleiterin für die Integrationsbeauftragte des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu arbeiten. Eineinhalb Jahre später wurde sie selbst von **Manuela Schwesig** zur Integrationsbeauftragten ernannt. **Alabali-Radovan** trat erst Anfang 2021 der SPD bei und zog im September als direkt gewählte Abgeordnete für Schwerin und Nordwest-Mecklenburg in den 20. Deutschen Bundestag ein.

Dort kann sie dann auch die wiedergewählten MdBs **Lisa Paus** (Grüne, Berlin), **Jana Schimke** (CDU, Brandenburg) und **Dorothee Bär** (CSU) treffen sowie neu aus Plön/Neumünster **Kristian Klinck** (SPD). Prominentester Neuzugang in dieser Riege ist sicherlich der frühere ver.di-Chef **Frank Bsirske**, der jetzt für Niedersachsens Grüne in den Bundestag eingezogen ist und die Partei im Ausschuss für Arbeit und Soziales vertritt. Bsirske ist OSI-Absolvent des Jahrgangs '78. Da die biografischen Angaben der

Abgeordneten oft unpräzise sind, sind nur unvollständige Auflistungen möglich. Das gilt auch für das Berliner Abgeordnetenhaus.

Neben **Franziska Giffey** mit ihrer etwas unglücklichen Beziehung zum OSI ist zunächst auch die Nebenfach-Politologin **Bettina Jarasch** zu nennen. (Siehe dazu auch unsere letzte Ausgabe, S. 8)

Aus dem Senat ausgeschieden sind Ramona Pop, Regine Günther (beide grün) und **Elke Breitenbach**, wobei Breitenbach weiter für die Linke im Abgeordnetenhaus sitzt.

Auch **Tobias Schulze**, Streikleiter des Studierendenstreiks 2003/04, zog erneut für die Linken ins Abgeordnetenhaus ein. Der Literatur- und Politikwissenschaftler ist stellvertretender Fraktionschef und Sprecher für Wissenschaft, Netzpolitik und digitale Verwaltung.

Franziska Brychcy (Linke) studierte an OSI und Sciences Po. Ebenfalls 2016 zog sie für die Linken über die Landesliste ein. Sie ist Mitglied im Fraktionsvorstand und Sprecherin für berufliche Bildung und Europa.

Ein neuer Abgeordneter der Linken ist dagegen **Niklas Schenker**. Der 1993 geborene Berliner schrieb schon seine Masterarbeit über den Mietendeckel, unterstützt "Deutsche Wohnen und Co. enteignen" und befasst sich



© Britta-Konrad-Fotografie

Schimke .



© S. Kaminski

Bsirske .



© Anna-Lena Haye

Klinck .



Giffey.

© Jonas Holthaus



Jarasch.

© Dominik Butzmann



Meyer.

© Sven Meyer



Özdemir.

© Orkan Özdemir



Breitenbach.

© Die LINKE Berlin

hauptsächlich mit steigenden Mieten und Gentrifizierung.

Im Nebenfach am OSI war der Sozialdemokrat **Sven Meyer**, der jetzt über die Bezirksliste Reinickendorf erstmals ins Abgeordnetenhaus gekommen ist, während der Hauptfachler **Orkan Özdemir** den Wahlkreis Friedenau direkt gewonnen hat. Er hatte zuvor als Grundsatzreferent für interkulturelle Angelegenheiten in der Senatsverwaltung für Inneres gearbeitet.

Bei Bündnis 90/Die Grünen ist neben Jarasch auch **Jian Omar** als OSI-Absolvent zu erkennen. Er eroberte das Direktmandat im Wahlkreis Mitte 3. Omar studierte nach dem BA am OSI noch Sozialwissenschaften an der HU. Omar war bei KurdWatch tätig, einer unabhängigen Website, die bis zu ihrer Einstellung im Jahr 2016 über Menschenrechtsverletzungen an der kurdischen Bevölkerung Syriens informierte.

Oliver Friederici – Betriebswirtschaftler und Politologe – gehört seit 1995 dem Abgeordnetenhaus an und wurde auch diesmal direkt gewählt in Lankwitz. Sein Thema ist der Verkehr und neuerdings auch Landwirtschaft und Tierschutz.

Der Vorsitzende der FDP Tempelhof-Schöneberg, **Holger Krestel**, ist seit 2016 im Landesparlament. Krestel war auch schon mal Mitglied des Bundestages, scheiterte bei der Wahl 2013 allerdings mitsamt der ganzen FDP an der 5-Prozent-Hürde.

Früher war er Mitglied der SPD und nach der Wende Büroleiter vom Ost-Berliner Übergangsbürgermeister Tino Schwierzina (SPD), heute wirbt er für sich auf seiner Homepage als „freiheitlich, mutbürgerlich, recht(en)s“: **Frank-Christian Hansel**. Der Mitbegründer der Berliner AfD sitzt seit 2016 im Abgeordnetenhaus.

Auf Bezirksebene haben die Bürgermeister von Mitte und Treptow-Köpenick, **Stephan von Dassel** (Grüne) und **Oliver Igel** (SPD), OSI-Erfahrung. Während Dassel ein Diplom hat, hat Igel eine Magisterarbeit (Literatur,



Schulze.

© Ben Gross



Brychcy.

© Die LINKE Berlin



Schenker.

© Lee Thiel



Omar.

© Vincent Villwock



Friederici.

© CDU Berlin



© FDP Berlin

Krestel.



© Sandro Halank

Hansel.



© Sascha Bachmann

Dassel.



© Beate Laudzini

Igel.



© Frank Bewig

Bewig.

Geschichte, Politik) über Komische Prosa in der Zeit der friedlichen Revolution 1989 geschrieben.

In Spandau hat der Bezirksstadtrat für Bildung, Kultur und Sport, **Frank Bewig** (CDU), am OSI studiert, in Mitte der Linke **Christoph Keller**: Der Stadtrat für Jugend, Familie und Gesundheit hat sein Studium in Dänemark und den Niederlanden mit einem Postgraduate Master of European Studies am OSI gekrönt. **Oliver Schruoffeneger** bleibt Stadtrat der Grünen in Charlottenburg-Wilmersdorf, wenn auch mit verändertem Ressortzuschnitt: Ordnung, Umwelt, Straßen und Grünflächen. Mit der OSI-Zeitung hat er aus seiner Erfahrung als Baustadtrat über die Wohnungspolitik der Ampelkoalition gesprochen (Seite 18).

Im Südwesten, in Steglitz-Zehlendorf, hat der Grüne **Urban Aykal** als Stadtrat die Ressorts Ordnung, Umwelt- und Naturschutz, Straßen und Grünflächen übernommen.

Außerhalb Berlins hat **Steffen Krach** einen weiteren Karriereschritt gemacht: Der einstige Büroleiter von Wissenschaftssenator Zöllner, besser bekannt als Wissenschaftsstaatssekretär unter dem Regierenden Bürgermeister **Michael Müller**, wurde zum Präsidenten der Region Hannover gewählt und ist seit 1. November im Amt. Seine wichtigsten Aufgaben sind der öffentliche Nahverkehr, Müllabfuhr und die kommunalen Krankenhäuser.

Aus dem Amt des Staatssekretärs beim Bundesarbeitsminister ausgeschieden ist **Björn Böhning** (SPD). Er wechselt zum 1. Mai in die Filmbranche. Die Produzentenallianz macht den früheren Juso-Chef zu ihrem CEO. Künftig vertritt er die Interessen von rund 300 Firmen aus der Filmwirtschaft. Mit der Branche hatte er schon Kontakt, als er noch Chef der Berliner Senatskanzlei und damit zuständig für die Medienpolitik war.

Pauline Hofmann / Christian Walther

Hinweise auf weitere Mandate, Jobwechsel und Positionen – beruflich oder ehrenamtlich – bitte an christian.walther@fu-berlin.de



© Sascha Bachmann

Keller.



© Britibay

Schruoffeneger.



© Urban Aykal

Aykal.



© Anne Hufnagel

Krach.



© J. Konrad Schmidt BMAS

Böhning.

OSI CLUB

Verein der Freundinnen und Freunde
des Otto-Suhr-Instituts e.V.

www.osi-club.de



Der **OSI-Club** ist das Alumni-Netzwerk der Studierenden und Ehemaligen des Otto-Suhr-Instituts.

Der **OSI-Club** ist ein globales Netzwerk für Berufstätige und Studierende mit Basis in Berlin.

Lernt uns kennen – gern schicken wir Euch unseren monatlichen Newsletter.

Schreibt uns an
info@osi-club.de

#IchbinJudith

Das Berliner Hochschulgesetz und die prekären Arbeitsbedingungen Wissenschaftlicher Mitarbeiter:innen

von Marlen Rebmann und Laura Vossen

#IchbinHanna. Vielen von uns ist dieser Hashtag bestimmt schon einmal auf Twitter oder anderen sozialen Plattformen begegnet. Aber wer ist Hanna? Hanna ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin. Sie hangelt sich von einem befristeten Arbeitsvertrag zum nächsten, leistet permanent Mehrarbeit und sieht beruflich nur noch wenig Perspektive. Hanna gibt den tausenden Wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen Deutschlands eine Stimme.

Ich bin Hanna. Das hat auch Judith Möllhoff schon gesagt. Für sie hatte der Hashtag fast eine "popkulturelle Wirkung" und so stellte sie sich auf einem Festival bei neuen Bekanntschaften als Hanna vor. "Ich habe mich damit ziemlich stark identifiziert. Also schon auf eine überspitzte Art, dass es satirisch ist. Aber das ist ja auch eine Funktion von Humor, dass man sich mit der Realität konfrontiert, die nicht so angenehm ist."

Aber wie kam es zu diesem Hashtag? 2018 veröffentlichte das Bundesforschungsministerium ein kurzes Erklärvideo zum Wissenschaftszeitgesetz. Das Gesetz legt fest, dass befristete Anstellungen nur für maximal zwölf Jahre möglich sind. Nach sechs Jahren Anstellung vor und nach der Promotion dürfen keine befristeten Verträge mehr vergeben werden. Wer danach keine Festanstellung bekommt, kann nicht mehr in der Wissenschaft arbeiten. Laut Ministerium sollen die Befristungen für mehr Innovation, Fluktuation und bessere Finanzierungsmöglichkeiten sorgen. Das Gesetz hat aber auch eine Kehrseite, welcher in dem Video keinerlei Beachtung geschenkt wurde. Das Wissenschaftszeitgesetz führt zu Kettenverträgen, prekären Arbeitsbedingungen und verhindert langfristige Forschung. Außerdem benachteiligt es gesellschaftliche Schichten ohne finanzielle Ab-



sicherung und Personen bei denen die Aufenthaltsgenehmigung vom Arbeitsvertrag abhängig ist. Von dem Video ausgelöst, äußerte sich im Internet unter dem Hashtag #IchbinHanna schnell harsche Kritik.

Judith Möllhoff ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsbereich Politik und Recht am Otto-Suhr-Institut (OSI) und befindet sich zur Zeit in ihrer Prädoc-Phase. Auch sie hat über Twitter von der Hashtag-Initiative mitbekommen. Möllhoff absolvierte ihren Master in Politischer Theorie in Frankfurt und Darmstadt und hat mit dem Bewerbungsprozess bereits in Studienzeiten angefangen. Jedoch ist der akademische Berufseinstieg schwierig und es dauerte ein Jahr, bis sie ihre jetzige Promotionsstelle an der Freien Universität (FU) bekommen hat. In dieser Zeit war sie arbeitslos, musste ihre Wohnung in Frankfurt aufgeben und wieder bei Verwandten einziehen. Und damit steht sie nicht alleine. Mit solchen Problemen sehen sich viele konfrontiert, die einen Einstieg in die

Wissenschaft anstreben. Dabei hat Möllhoff gemerkt, wie wichtig soziale Ressourcen sind. Absicherungsmöglichkeiten sowie berufliche Sicherheit und Perspektive bietet die Karriere in der Wissenschaft nämlich nicht. In solchen Situationen kommen natürlich Zweifel. Manche gehen ins Ausland, andere wechseln den Karriereweg.

Nun hat sie eine Promotionsstelle an der NFU, eine 50-Prozent-Stelle mit zwei Semesterwochenstunden Lehrverpflichtung. Unter den ganzen Anstellungsmöglichkeiten, sagt Judith Möllhoff, hätte sie noch „Glück gehabt“, denn ihr Arbeitsvertrag gilt für fünf Jahre. In der Wissenschaft sei das sehr „komfortabel“, da Stellen meist für lediglich drei Jahre ausgeschrieben werden. Obwohl es in den Geisteswissenschaften oft schwer sei, eine klare Grenze zwischen Freizeit und Arbeit zu ziehen, glaubt Möllhoff ein gesundes Arbeitsverhältnis gefunden zu haben. Sie habe gelernt, Pausen zu machen und sich ihre Zeit gut einzuteilen - eine Notwendigkeit, um sich in der Wissenschaft nicht kaputt zu arbeiten.

„Ich würde nie in weniger prekäre Fahrwässer kommen“

Trotzdem fällt auf, wie abhängig die Arbeitsverhältnisse von der Leitung des Arbeitsbereiches sind. Je nach Leitung verändern sich auch die Aufgaben und Angebote der Arbeitsbereiche und somit auch das Arbeitspensum. Wie es nach der Promotion weitergehen soll, weiß Möllhoff noch nicht. „Ich habe natürlich einen Wunschplan, weiß aber auch, dass er nicht allzu realistisch ist. Deswegen arbeite ich nicht mit fixen Vorhaben, sondern mit verschiedenen Varianten. Aber mir ist trotzdem auch relativ früh klar geworden, oder wird auch immer wieder klar, dass ich mit ungefähr allen Optionen, die ich mir als Beruf vorstellen könnte, nie in weniger prekäre Fahrwässer kommen würde.“

Als Antwort auf die prekären Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft wurde das Berliner Hochschulgesetz einer Novellierung unterzogen, die am 25. September 2021 in Kraft trat. Die Reform des Landesgesetzes sieht vor, dass Wissenschaftliche Mitarbeiter:innen, die über die Grundfinanzierung angestellt sind, im Anschluss an ihre Promotion eine feste Anstellung bekommen sollen. Trotz langfristig positiven Auswirkungen für Wissenschaftliche Mitarbeiter:innen verbreitet die Gesetzesreform große Unsicherheiten,

da ihre Umsetzung ohne eine vorgesehene Übergangsphase den Universitäten überlassen bleibt. Außerdem ist die Finanzierung der unbefristeten Stellen unklar. Unzufriedenheiten über den fehlenden Weitblick der Novelle äußern sogar die Universitätspräsidenten. Sabine Kunst, damalige Präsidentin der Humboldt Universität, bezeichnete die Novelle als „gut gemeint aber schlecht gemacht“, leitete eine Klage gegen das Gesetz ein und trat aus Protest von ihrem Amt zurück.

Die FU befürchtet durch den Übergangslosen Wechsel zu unbefristeten Verträgen - neben Schwierigkeiten bei der Qualitätssicherung und der Finanzierung - eine Blockierung aller verfügbaren Stellen durch eine einzelne Kohorte. Diese Sorge bestätigte sich schon in den 70er Jahren am OSI. Auch dort standen nach einer Welle von Festanstellungen kaum mehr Stellen für einsteigende Wissenschaftler:innen zur Verfügung. Um dies zu vermeiden, kommunizierte die FU im September 2021 einen Einstellungsstopp für Postdoktorand:innen, welcher dem Tagespiegel offiziell bestätigt wurde. Mittlerweile präzisierte die FU, dass es keinen generellen Einstellungsstopp gäbe. Die Lage bezüglich Neueinstellungen sei jedoch sehr unklar und universitätsweite Verfahrensregelungen gebe es nicht. Obwohl der pauschale Einstellungsstopp ausbleibt, seien laut eines Wissenschaftlichen Mitarbeiters am OSI zurzeit Verschleppungen von Einstellungs- und Verlängerungsverfahren sowie verstärkte Einzelfallprüfungen aller Personalfragen zu beobachten.

„Verschleppung von Einstellungs- und Verlängerungsverfahren“

Eine positive Gewissheit bietet das neue Gesetz den Wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen also nicht. Anstatt nun langfristig planen zu können, befindet sich Judith Möllhoff in einem unklaren gesetzgeberischen Prozess, der noch lange nicht abgeschlossen zu sein scheint und weitere Unsicherheiten mit sich bringt. Judith Möllhoff, die als Promovierende aktuell nur indirekt von der Gesetzgebung betroffen ist, sagt über die Stimmung am OSI: „Diese Verunsicherung merkt man dann eben doch auch im Kolleg:innenkreis. Das macht einfach auch insgesamt nicht das angenehmste Arbeitsumfeld, wenn alle sich total verunsichert fühlen, alle nicht wissen, wie es weitergeht, und man auch immer mindestens eine indirekte Konkurrenz vermittelt kriegt.“

Die Novellierung des Gesetzes stößt an der FU eine fächerübergreifende Vernetzung der Wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen an. Dank einer Initiative aus dem Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften wurde eine inoffizielle "Webex-Runde", unter den Vertreter:innen des Mittelbaus der Fachbereichs- und Institutsräte einberufen. Im Herbst 2021 wurden zudem alle Wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen der FU zu einer offenen Diskussionsrunde eingeladen, an der auch Judith Möllhoff teilgenommen hat. Als Reaktion auf eine Initiative der Wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen im Fachbereichsrat positionierte sich dieser wie folgt: "Der Fachbereichsrat des Fachbereichs Politik- und Sozialwissenschaften mit allen Angehörigen fordert das Präsidium auf, die Blockadehaltung umgehend aufzugeben, die Perspektive des Mittelbaus stärker mitzudenken und im Sinne aller Arbeitnehmer:innen konstruktiv an der Diskussion zur Umsetzung der Novelle mitzuarbeiten."

„die Perspektive des Mittelbaus stärker mitdenken“

Trotz externer Impulse wie #IchbinHanna und der Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes werden die Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft außerhalb der Gremien des OSIs nicht statusgruppenübergreifend thematisiert. Alleine im Kreis der Wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen wird über die eigene Prekarität diskutiert. Die Corona-Situation erschwere den informellen Austausch, darüber hinaus seien die Universitätsangehörigen eher mit sich selbst beschäftigt und die Arbeitsbereiche autonom organisiert, wie Judith Möllhoff anmerkt. Zudem "sind Professor:innen zwar guten Willens, aber Institutionen träge."

Auch Studierende beteiligen sich kaum am Diskurs, obwohl sie von den Arbeitsverhältnissen Wissenschaftlicher Mitarbeiter:innen unmittelbar betroffen sind. So macht Judith Möllhoff deutlich: "Für mich persönlich ist die gute Lehre die andere Seite der guten Forschung. In meiner Forschung will ich auch Wissen vermitteln und in Frage gestellt werden und diskutieren." Lehre und Forschung sind zwei Seiten einer Medaille, denen die gleiche Bedeutung zugeschrieben werden sollte. Die Lehre wird weitgehend von Wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen gestemmt. Dies zeigt sich unter anderem an

dem geringen Anteil professoraler Lehre im Lehrangebot des Bachelors für Politikwissenschaft. Eine von Judith Möllhoffs Hauptaufgaben ist es, Lehrveranstaltungen zu geben. Didaktisch darauf vorbereitet hat sie lediglich ein autonomes Tutorium, welches sie im Master gegeben hat und optionale Fortbildungsmöglichkeiten, die sie an der FU wahrnehmen kann. Darüber hinaus ist es kaum möglich, Studierenden notwendige Betreuung bei beispielsweise Hausarbeiten in der bezahlten Arbeitszeit zu geben. Denn je mehr Zeit sie in die Betreuung von Studierenden steckt, desto weniger Zeit bleibt für die eigenen Forschungsprojekte. Ein Dilemma, vor welches sich Möllhoff und viele weitere Wissenschaftliche Mitarbeiter:innen durch die prekären Arbeitsbedingungen gestellt sehen.

Doch gerade die Erwartungen an ihre eigene Lehre und eine Leidenschaft für die Wissenschaft sind Judith Möllhoffs Antrieb, eine wissenschaftliche Laufbahn zu verfolgen: "Ich mache Wissenschaft aus einem idealistischen Anspruch. Meine Motivation ist für mich selbst zu lernen und Sachen besser zu verstehen. Auch in der Lehre treibt mich ein ethischer Anspruch an mich selbst an und daran, wie Universität sein sollte." Die prekären Arbeitsverhältnisse machen es Wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen wie Judith Möllhoff jedoch schwer, der Lehre Priorität zu geben und den eigenen Ansprüche an guten Unterricht gerecht zu werden.

Politische Partizipation

auch ohne deutschen Pass?

Eine Umfrage unter den ausländischen OSI-Studis

von Piera Rocco di Torrepadula

Der eigene Beitrag zur "res publica" kann in verschiedenen Formen und auf unterschiedliche Weise erfolgen. Es ist wie bei einer Einladung zum Essen: Man kann sich in allen möglichen Situationen wiederfinden, vom Genießen eines Sandwichs im Park bis hin zu einer Gala mit Kellnern, die elegante Frauen zum Tisch begleiten.

Ohne Zweifel genoss Ernst Reuter die türkische Küche während seines Exils in Ankara, bevor er 1946 nach Berlin zurückkehrte und hier ein Jahr später zum Oberbürgermeister gewählt wurde. Sein politisches Engagement war weder in der Form noch im Ort homogen, aber es war immer vorhanden. Schon in Münster saß er wahrscheinlich bei lauten und lebhaften Mahlzeiten mit anderen Universitätsstudenten und SPD-Mitgliedern, und während des Ersten Weltkriegs in russischen Gefängnissen nahm er an spartanischen Abendessen mit seinen bolschewistischen Genossen teil. Im Exil in Ankara war er zu politischer Enthaltsamkeit verpflichtet und arbeitete als Berater für die türkische Regierung – eine sehr zurückhaltende Form der politischen Partizipation. Erst nach Kriegseintritt der USA konnte sich Reuter in der Türkei freier bewegen und eigene politische Initiativen starten.

Daraus lässt sich ableiten, dass das politische Engagement unabhängig davon, wo

man sich befindet und mit wem man seine Mahlzeit teilt, überlebt. Die eigenen Überzeugungen und Kämpfe verschwinden nicht. Ihre Form wird ständig beeinflusst, wie ein Rezept, das Grenzen überschreitet und mit verschiedenen Gewürzen, Zutaten und Kochmethoden abgeschmeckt wird.

Wer im Ausland Politikwissenschaft studiert, wie die 531 ausländischen OSI-Studenten (Datenstand: November 2021), sollte in der Situation eines Kochs sein, der Speisen an verschiedenen Tischen ausprobiert, auf Grundlage seiner Kenntnisse seine Meinung dazu sagen kann und möglicherweise seinen eigenen Beitrag zum Festmahl leistet.

**Weniger als ein Drittel
ausländischer OSI-Studierender
sind in Deutschland
politisch engagiert**

Eine von der OSI-Zeitung erstellte und an ausländische Kommilitonen versandte Umfrage hat jedoch ergeben, dass sich nur eine Minderheit von ihnen in Deutschland politisch engagiert: 30 % gaben an, dies zu tun (von 93 Studenten, die die Frage beantwortet haben). Einige ausländische Studierende setzen ihr Engagement in ihrem Heimatland fort, allerdings digital; eine Arbeitsweise, mit der wir in den letzten zwei Jahren gut zurechtgekommen sind.

Ein libanesischer OSI-Student berichtet, dass er während seines Auslandsstudiums in Frankreich eine Plattform für politische Meinungsäußerungen gegründet hat,

"die darauf abzielt, die im Ausland lebenden libanesischen Jugendlichen zu gemeinsamen Themen und Überlegungen zu vereinen". Jetzt, da er in Deutschland studiert, macht er mit diesem Projekt weiter, obwohl er zugibt, dass er in Frankreich "Kontakte zu libanesischen Persönlichkeiten gesucht hat, die dort sehr präsent sind". In Deutschland hat diese Arbeit mit libanesischen Kontakten aufgehört, da sie im Vergleich zu Frankreich weniger präsent sind. Die Fortsetzung des politischen Engagements wird also von den Bindungen zwischen dem Land, in dem man studiert und dem Herkunftsland beeinflusst. Diese Bindungen können aus einer starken Präsenz einer Diaspora, bzw. aus kultureller oder politischer Nähe stammen.

In ähnlicher Weise haben einige nicht-deutsche OSI-Studenten aus EU-Staaten an den Berliner Bezirkswahlen im September 2021 teilgenommen. Allerdings sind sie eine Minderheit, nämlich 25 % derjenigen, die an der Umfrage teilgenommen haben und eine europäische Bürgerschaft besitzen. Diese

niedrige Wahlbeteiligung steht im Widerspruch zu der Tatsache, dass 77 % der Umfrageteilnehmer angeben, sich ein erweitertes Wahlrecht in Deutschland zu wünschen. Dieser Wunsch kollidiert jedoch mit dem Grundgesetz und auch nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts mit nichts Geringerem als dem durch die Ewigkeitsklausel geschützten Grundsatz der "Souveränität des Volkes", d.h. einem Grundsatz, der in den Artikeln 1 und 20 der Verfassung verankert ist und damit nicht geändert werden kann. Die Karlsruher Richter bekräftigen, dass das Wahlrecht als Ausdruck der Volkssouveränität, auf die sich der Staat gründet, mit der deutschen Staatsangehörigkeit verbunden ist.

Neben der Frage des Engagements in einem fremden Land stellt sich auch die allgemeinere Frage nach dem Verhältnis zwischen Politik und Studenten. Unsere Umfrage unter den ausländischen Studierenden belegt, dass sich 43% von ihnen in ihrem Heimatland engagieren, nicht aber in Deutschland. Und gut ein Drittel (35 %) ist in keinem der beiden Länder politisch engagiert.

Die politische Beteiligung von 56% derjenigen, die angaben, in ihrem Heimatland politisch aktiv zu sein, besteht aus individuellen Aktivitäten, die außerhalb von Parteien oder Organisationen stattfinden, wie z. B. Wählen und die Teilnahme an Demonstrationen. Nur zwei Befragte geben an, Mitglied einer politischen Organisation an der FU zu sein, wie z.B. in Fachschaftsinitiativen.

Die Entscheidung für ein Studium der Politikwissenschaft ist oft mit politischem Engagement verbunden, wie im Fall von Caroline, die im fünften Semester ihres Bachelor-Studiums eingeschrieben ist: "Ich hab das Studium gewählt, um Hintergründe in politischen Prozessen besser zu verstehen, um zu verstehen, was man braucht, um Sachen zu verändern."

Die Entscheidung, im Ausland zu studieren, kann auch andere Beweggründe haben. Josef, ein engagierter ausländischer Student, der ebenfalls im dritten Studienjahr eingeschrieben ist, sagt, er habe sich "hauptsächlich aus akademischen und beruflichen Gründen" für ein Studium in Deutschland entschieden. Unter den ausländischen Studenten der Politologie gibt es einen nicht nur aktivistischen, sondern eher professionellen Zugang zur Politik: Von denjenigen, die angaben, sich in der deutschen Politik zu engagieren, sagen 17 %, sie absolvieren ein Praktikum in politischen Institutionen oder Parteien.

Politik wird während des Studiums formal praktiziert. Die Verbindung zwischen Arbeit und Politik ist eng, nicht nur, weil Politik ein Job sein kann, sondern auch weil Arbeitsbeziehungen politische Fragen stellen, die zu politischen Kämpfen führen. Im Zusammenhang mit der Freien Universität zeigt sich diese Verbindung zum Beispiel im Streik der studentischen Hilfskräfte, die sich am 18. November 2021 am Warnstreik für höhere Löhne beteiligten. Nach Angaben einer Organisatorin des Streiks waren keine ausländischen Studenten auf der Veranstaltung anwesend. Einerseits ist es aus rechtlichen und sprachlichen Gründen nahe-

**Politik studieren
und sich politisch
zu engagieren
sind zweierlei**

liegend, dass eher deutsche Studenten für die Universität arbeiten als ausländische. Andererseits ist ein arbeitender ausländischer Student nach meinem Eindruck in der Regel weniger gut über gewerkschaftliche Praktiken und politische Strukturen informiert.

Politischer Aktivismus außerhalb der Landesgrenzen scheint daher ein ungewöhnliches Phänomen unter ausländischen OSI-Studenten zu sein. Dies liegt nach unseren Beobachtungen jedoch nicht an einem mangelnden Interesse ihrerseits, sondern vielmehr an strukturellen Gründen der heutigen Politik und ihrer Inhalte: z.B. der Rückgang der Studentenbewegungen und der politische Kämpfe, die sich z.B. auf den Internationalismus beziehen. In Deutschland ist die Protestkultur weit weniger ausgeprägt als in anderen europäischen Staaten wie z.B. Frankreich, England und Italien. Und auch die Pandemie, die die Interaktionen zwischen den Studenten drastisch verringert hat, vor allem zwischen ausländischen Studenten, die nicht mit den Organisationen und Initiativen an einer deutschen

Universität vertraut sind, spielt eine große Rolle beim Rückgang des politischen Engagements.

Da die Rolle der Demonstrationen und politischen Organisationen in Deutschland kleiner ist als in anderen europäischen Ländern, ist die Stimmabgabe das wichtigste Mittel der politischen Meinungsäußerung und Beteiligung. Bei den Wahlkämpfen geht es um die Entscheidungen der künftigen Regierung, die nur selten Auswirkungen auf die Situation der ausländischen Studierenden haben. Denn die politischen Debatten konzentrieren sich auf das Inland.

Selbst wenn die ausländischen Studierenden des Otto-Suhr-Instituts über Kenntnisse und Interessen im Bereich der Politik verfügen, wenden sie diese Kenntnisse öfter in einem beruflichen oder akademischen Kontext an, also in Seminaren oder Praktika, als dass sie sich in den deutschen Parteien oder bei politischen Bewegungen engagieren. Da fehlt ihnen einfach der Appetit auf hausgemachte regionale Spezialitäten.

OSI-ZEITUNG

DAS MAGAZIN AM OTTO-SUHR-INSTITUT

WIR SIND das unabhängige Magazin am Otto-Suhr-Institut für an Politik, Politikwissenschaft und am OSI Interessierte.

WIR BIETEN Studierenden und Beschäftigten des OSIs, aber auch qualifizierten AbsolventInnen die Möglichkeit zu ehrenamtlicher Mitarbeit.

WIR SUCHEN AutorInnen, RedakteurInnen, Foto- und VideografInnen, Social-Media-ManagerInnen, VertriebspezialistInnen, GestalterInnen -

kurz: Menschen mit Lust aufs Publizieren.

Interessierte bitten wir um Nachricht unter OSI-Zeitung@OSI-Club.de oder an christian.walther@fu-berlin.de

Safe Spaces

Schutzraum vor Gewalt oder Infantilisierung der Studierenden?

von Celine Cojocar und Ella Isenberg



Kreative Reflexionsübungen bildeten die Grundlage für die Arbeit im Seminar zu Safe Spaces (Foto von Lotte J. Hiller)

“Die Verhätschelung des amerikanischen Geistes”: So lautet der Titel eines Artikels über Safe Spaces an Universitäten in den USA. Die Etablierung von Safe Spaces (“Sichere Orte”) an Universitäten, welche in den Staaten in den letzten Jahren zu großen Diskussionen geführt haben, führt dem Artikel zufolge zu desaströsen Auswirkungen auf die Psyche der Studierenden und zur Bedrohung der freien Meinungsäußerung. Ein illustrierendes Beispiel findet sich in einem Artikel aus “The New Yorker”: Hier berichtet eine Professorin für Recht an der Harvard Universität von Forderungen einiger Studierenden, Vergewaltigungsrecht komplett aus dem Curriculum zu streichen, weil ihnen das Thema als unzumutbar erscheint. Wegen Fällen wie diesem stehen manche Menschen Safe Spaces kritisch gegenüber. Befürworter wiederum erhoffen sich, durch deren Errichtung ein tolerantes, offenes und gewaltfreies Klima an Bildungseinrichtungen kreieren zu können. Ihnen geht es darum, Ungleichheiten zu minimieren und Hürden abzubauen, denen von Diskriminierung betroffene Studierende im Universitätsalltag ausgesetzt sind, wie beispielsweise in einem Beitrag des Kulturmagazins des Goethe-Instituts “Zeitgeister” erzählt wird. Safe Spaces werden hier als Versuch verstanden, Diskriminie-

rungsformen anzuerkennen und den Alltag marginalisierter Menschen barrierefreier zu machen.

Bei dem Versuch, die Debatte zu erfassen, beginnt die Schwierigkeit schon bei der Definition. Was wird überhaupt unter dem Begriff “Safe Space” gefasst? Allgemein gesagt geht es darum, einen möglichst diskriminierungsfreien Raum zu schaffen. Unterschieden wird dabei zwischen exklusiven und inklusiven Konzepten, erklärt Lotte J. Hiller, die derzeit an der Universität Bonn als wissenschaftliche Mitarbeiter*in für Kulturgeographie arbeitet, zu queeren Safe Spaces promoviert und am Otto-Suhr-Institut einen Kurs zu dem Thema gegeben hat. Ein exklusiver Safe Space beschreibt dabei einen abgegrenzten Raum, der nur für bestimmte Personen zugänglich ist und in dem sie sich bewusst der Öffentlichkeit entziehen können. Er fungiert eher als Oase und ist ein temporärer Ort, der ausschließlich marginalisierten Personen zur Verfügung steht. Diesen Personen soll eine Pause von permanenter Belastung geboten werden, sowie ein Raum, der es ihnen ermöglicht, Kraft zu schöpfen und sich auszutauschen. Inklusive Konzepte hingegen streben danach, mehr Partizipation und Teilhabe im öffentlichen Raum für

alle zu gewährleisten. Das bedeutet im Umkehrschluss die Mitarbeit und Offenheit aller Beteiligten, egal ob sie persönlich von Diskriminierung betroffen sind oder nicht. Hiller weist in diesem Kontext auch darauf hin, dass ein perfekter diskriminierungsfreier Raum niemals existieren könne und es deshalb eher darum ginge, Diskriminierungen zu minimieren anstatt sie zu eliminieren. Aus diesem Grund bevorzugen manche Menschen auch den Begriff "Safer Spaces", um die Unvollkommenheit zu verdeutlichen.

Wenngleich diese Debatte ihre Ursprünge in den USA hat, wird sie auch in Deutschland immer relevanter. Nachdem durch die "Black Lives Matter"-Bewegung mehr Aufmerksamkeit auf die Diskriminierung marginalisierter Gruppen gelenkt wurde, gibt es an Universitäten vermehrt Interesse daran, einen inklusiveren Raum zu schaffen. Können Safe Spaces dazu beitragen oder verhindern sie bloß konstruktiven Dialog? Und wie wird das Thema am Otto-Suhr-Institut gehandhabt?

Obwohl insbesondere das inklusive Konzept an Universitäten zunehmend zu Diskussionen und teilweise heftigen Auseinandersetzungen führt, scheint sich die Debatte am OSI noch nicht besonders entzündet zu haben. Im Kollegium sei das Thema präsent, aber in erster Linie durch die Diskussion an amerikanischen Unis, sagt Bernd Ladwig, Professor für politische Theorie und Philosophie und stellvertretender Direktor des OSI's. Gegenstand von Institutsrats-sitzungen oder Ähnlichem seien Safe Spaces nie gewesen, es wurde dazu kein Anlass gesehen.

Unterschiedliche Positionen zu dem Thema gibt es am OSI allerdings durchaus. Die in den USA schon teilweise angewendeten Trigger-



Lotte J. Hiller

warnungen bezüglich sensibler Inhalte benutzt Hiller zum Beispiel selbst in ihren Seminaren. Meist stellt sie unterschiedliches Material zur Verfügung, damit sichergestellt ist, dass alle teilnehmen können.

Herausfordernd müsse ein Seminar sein, meint sie, aber nicht auf der Ebene von psychischer Stabilität: "Ein Seminarraum ist keine Therapiesitzung". Ladwig wiederum meint, auf diese Weise würden die Studierenden infantilisiert, also ihrer Mündigkeit beraubt. Um Infantilisierung geht es laut Hiller aber gar nicht, sondern um den Schutz vor Gewalt. Der Kern dieser Differenz liegt offenbar bei einem unterschiedlichen Gewaltverständnis – was zählt als Gewalt, und ab wann hat man ein Anrecht darauf, davor geschützt zu werden? Ladwig beispielsweise nennt das Zeigen von expliziten Folterszenen als einen angemessenen Anlaß, um eine Triggerwarnung auszusprechen. Aber wo ist die Grenze? Nach Hillers Verständnis sollte man auch Inhalte markieren, die nur von manchen Menschen als gewaltvoll wahrgenommen werden. Privilegierte Personen seien resilienter gegenüber Mikro-Aggressionen – und registrieren diese daher oft gar nicht. Gewalterfahrungen sind demnach immer subjektiv.

D



**Univ.-Prof. Dr. Bernd
Ladwig**

begreife es als seine Aufgabe, dem entgegenzukommen: "Ich sehe nicht, wo das meine Freiheit einschränkt."

Für Gesine Schwan, ehemalige Dekanin des OSI's, ist wichtig, dass aus der Subjektivität von Diskriminierungserfahrungen keine Deutungshoheit resultiert. "Es ist wichtig, dass man Selbstwahrnehmungen und Erfahrungen ernst nimmt, aber aus sozialer Zugehörigkeit kann keine Richtigkeit der Position gefolgert werden". Sie warnt hier vor der Gefahr einer homogenen Identität: "Ich kann ja nicht mal das empfinden, was meine eigene Tochter empfindet. Das heißt, man kann nie identisch sein mit dem Empfinden einer anderen Person, aber man kann sich doch vorstellen, was es bedeutet." Deshalb sei immer Verständigung notwendig, zu der alle beitragen müssen. Wir seien alle dazu aufgerufen, uns in die Position des anderen hineinzuversetzen. Hiller wiederum ist der Meinung, dass nur die betroffenen Personen selbst entscheiden sollten, wie Safe Spaces auszusehen haben, da nur sie über die Erfahrungen verfügen, die letztendlich verhindert werden sollen. Diese Veränderungen seien häufig auch gar nicht so groß, wie es in konservativen Medien oft dargestellt würde: "Oft sind es nur kleine Stellschrauben". Für Ladwig scheinen diese Stellschrauben einen weitaus größeren Einfluss zu haben. Es sei nicht vertretbar, dass psychische Sensibilitäten darüber entscheiden würden, was wissenschaftlich betrachtet und diskutiert werden darf und was nicht. Lütke entgegnet, die Uni müsse "ein Ort größerer Kritikfähigkeit werden, insbesondere von unten" (also von Studierendenseite), denn es ginge in der Debatte nicht zuletzt um sich verändernde Machtver-



Gesine Schwan

hältnisse, die durch bürokratische Prozesse und etablierte Hierarchien fest verankert sind.

In diesem Kontext warnt er auch vor einer leichtfertigen Übertragung der amerikanischen Diskurse in den deutschen Raum: Die Ausgangssituation sei in den USA grundlegend anders, beispielsweise die Geschichte des Rassismus. Deshalb würden Diskurse dort auch anders geführt, als es in Deutschland der Fall ist.

Woran liegt es, dass das Thema am OSI noch nicht so präsent ist? Ladwig hat den Eindruck, dass Studierende ihre Kurswahl nach den politischen Positionen der Dozierenden ausrichten. "Die Leute gehen sich eher aus dem Weg", sagt er. "Innerhalb der linken Studierendenschaft gibt es einen Riss, der sich bis hin zu einer gegenseitigen Verständnislosigkeit vertieft hat." Gibt es vielleicht zu wenig Konfrontation im studentischen Alltag am OSI? Relevanter wird das Thema allemal, und eine Aufwirbelung der Diskurse an der Uni ist dringend nötig, um voranzukommen und nicht immer nur dieselben Diskussionen zu führen, meint auch Hiller. Und das hoffentlich mit viel Konfrontation. Denn zumindest eins ist sicher: Safe Spaces bleiben ein strittiges Konzept, für das niemand ein Erfolgsrezept hat.



Prof. Dr. Martin Lütke

Droht der Webexit?

Die Berliner Datenschutzbeauftragte hat den Webex-Einsatz an der FU für rechtswidrig erklärt. Die Universität zeigt sich unbeeindruckt.

von Martin Müller

Cisco Webex ist für uns Studierende Alltag. Die grauen Kacheln des Videokonferenz-Tools, zahllose Breakout-Sessions mit Timer rechts oben in der Ecke, die mühselige Suche nach der Bildschirmfreigabe – all das ist seit nun bald zwei Jahren fester Bestandteil unseres Studiums an der Freien Universität. Webex Teams, Webex Training und Webex Meetings sind zu unserem Campus geworden. Hier haben manche Studierende ihre ersten Vorlesungen besucht, andere ihre Abschlussarbeiten besprochen.

Doch die Verwendung von Webex an der FU ist rechtswidrig. So urteilt zumindest die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, die nach eingehender Prüfung erhebliche Datenschutzverstöße bei der Software festgeste-

llt hat. Wie aus einem Mitte November verfassten Schreiben an Andrea Bör, Kanzlerin der FU, hervorgeht, seien alle Versuche, Webex Meetings rechtskonform einzusetzen, gescheitert. „Die von Ihnen unter <https://fu-berlin.webex.com> genutzte Lösung lässt sich daher derzeit nicht datenschutzkonform nutzen“, wird in dem Schreiben geschlussfolgert. Mit anderen Worten: Die FU hat ein Datenschutzproblem.

Die altbekannte Schwachstelle Datenschutz

Ins Rollen gebracht wurde die Prüfung durch den AstA der FU. Die Studierendenvertretung übt seit längerem Kritik an der US-amerikanischen Software und wandte sich bereits im Januar 2021 an die Datenschutzbeauftragte des Landes. Letztlich war es auch der AstA, der die Ergebnisse



„Die von Ihnen unter <https://fu-berlin.webex.com> genutzte Lösung lässt sich daher derzeit nicht datenschutzkonform nutzen“

der Untersuchung in der ersten Woche des neuen Jahres überhaupt öffentlich machte – und das, obwohl die Universität bereits seit Mitte November von dem Befund wusste. Warum die FU nicht früher, und entsprechend den Vorgaben der DSGVO, über die Kritik der Behörde informiert hat, bleibt auch auf Nachfrage unklar.

Mit dem Datenschutz scheint man es in den Berliner Hochschuleinrichtungen grundsätzlich nicht allzu genau zu nehmen. Erst im April wurde das IT-System der Technischen Universität gehackt. Namen, E-Mail-Adressen, Matrikelnummern und Passwörter aller Nutzer*innen wurden damals entwendet. Wenige Monate zuvor war es die FU, welche die Noten ihrer Studierenden durch eine Fehleinstellung im Campus-Management-System kurzzeitig öffentlich einsehbar machte und so für Schlagzeilen sorgte. Nun also wieder die FU, diesmal mit ihrem Videokonferenz-Tool.

Kritik an Webex & Co.

Hauptvorwurf der Berliner Datenschützer*innen ist die rechtswidrige Übermittlung personenbezogener Daten zu Server in den USA, wo laut Europäischem Gerichtshof kein angemessenes Schutzniveau besteht. Selbst auf Server in Deutschland hätten US-amerikanische Behörden, unter anderem die Geheimdienste, unzulässige Zugriffsbefugnisse, heißt es von Seiten der Behörde. Hinzu kämen „Probleme des nicht gesetzeskonformen Auftragsvertrags“ und die Einbindung nicht vertraglich zugelassener Drittanbieter. Von einer Verletzung der Grundrechte ist die Rede.

Das Problem: Auch Webex' Konkurrenten – von Google Meet über Microsoft Teams

und Skype bis hin zu Zoom – weisen Datenschutz-mängel auf. Mit einem eigens entwickelten Ampel-System bewertete schon die im Oktober ausgeschiedene Berliner Datenschutzbeauftragte Maja Smoltczyk im ersten Jahr der Pandemie verschiedene Videokonferenz-Anbieter gemäß ihrer Datenschutzstandards. Neben Cisco Webex fielen dabei auch die genannten Wettbewerber durch. Aus pragmatischer Sicht scheint sich der FU also vielmehr das Dilemma zu stellen, wie sich Datenschutzverletzungen eingrenzen lassen, ohne dabei einen digitalen Shutdown zu riskieren: Möglichst viel Datenschutz bei möglichst ruckelfreier Lehre.

„Eine Marktprüfung vor Einführung von Webex an der Freien Universität hat ergeben, dass es keine ausschließlich europäisch agierenden alternativen Anbieter für diese Nutzerzahlen gibt“, erklärt FU-Sprecher Carsten Wette auf Anfrage der OSI-Zeitung. Zu Spitzenzeiten würden demnach 30.000 Studierende der FU gleichzeitig auf die Software zugreifen. Bei dieser Belastung sei auch der Einsatz eigener Server technisch und wirtschaftlich nicht leistbar. Janik Besendorf, Sprecher des AStA, hatte diesen Schritt zuvor als Idealzustand beschrieben. „Hier sind auch Aspekte der Nachhaltigkeit und des Ressourceneinsatzes zu berücksichtigen“, begründet Wette die Haltung der FU.

FU hält an Videokonferenzdienst fest

Wenngleich die Vorwürfe an die FU schwer wiegen, scheint die Datenschutzbeauftragte diese pragmatischen Beschränkungen in ihrem Schreiben an die Kanzlerin der FU anzuerkennen. Statt eines Webexit fordert die Behörde Anpassungen bei der Nutzung durch die FU, um so Datenschutzverletzungen zu verringern. Schließlich ist

„Eine Marktprüfung vor Einführung von Webex an der Freien Universität hat ergeben, dass es keine ausschließlich europäisch agierenden alternativen Anbieter für diese Nutzerzahlen gibt“

für den Schutz persönlicher Daten nicht zuletzt die Konfiguration der Software entscheidend. So fordert die Datenschutzbeauftragte die Verwendung einer Ende-zu-Ende-Verschlüsselung während der Meetings. Gleichmaßen müssten Daten anonymisiert und pseudonymisiert werden. „Die Nutzung von Klardaten wie bisher durch Anbindung an die FU-Systeme erscheint nicht tolerierbar“, moniert die Datenschutzbeauftragte. Sollten diese Anforderungen nicht erfüllt werden, könne die Verwendung der Software untersagt werden.

Die FU zeigt sich unbeeindruckt. „Die sorgfältige Prüfung von Webex durch den behördlichen Datenschutzbeauftragten der Freien Universität hat einen vertretbaren Einsatz ergeben“, entgegnet FU-Sprecher Wette. Man habe den Austausch mit den Behörden gesucht und sei bereit, „etwaige erforderliche Implementierungen von technischen und organisatorischen Maßnahmen beim Einsatz von Webex“ vorzunehmen. An der Verwendung der Software wolle man jedoch festhalten: Solange kein abschließendes Ergebnis der datenschutzrechtlichen Prüfung vorliege, könne nicht von einem rechtswidrigen Einsatz gesprochen werden. Bei den Landesdatenschützer*innen löst diese Argumentation Stirnrunzeln aus. Der Befund stehe, versicherte ein Sprecher der Behörde gegenüber der taz.

Alternative noch im Pilotbetrieb

Was, wenn der Webex-Einsatz am Ende doch untersagt wird? Dann, so Janik Besendorf vom AStA der FU, böte die Open-Source-Software Big Blue Button eine datenschutzkonforme Alternative. An der Humboldt-Universität sowie an einigen Fachbereichen der FU werde das Tool bereits verwendet. Ein Blick auf die HU-Website zu dem Dienst gibt jedoch eine Vorstellung davon, warum die FU mit der Software fremdelt.

Dieser Dienst befindet sich im PILOTBETRIEB“, heißt es dort in fetten, roten Buchstaben. Es folgen zwei Abschnitte, überschrieben mit „Abstürze nach Bildschirmfreigabe“ und „Soundfehler“. Zu den Problemen beim Ton schreiben die ITler*innen der HU: „In BBB kann es ab und an zu Soundproblemen kommen, bei denen Sie entweder andere nicht mehr hören oder aber andere Sie nicht mehr hören können. Wenn Sie solch einen Fehler bemerken, beenden Sie bitte das Audio mit dem entsprechenden Schalter unterhalb der Präsentation/Videos und starten Sie es dann erneut. Sollte auch das nicht helfen, loggen Sie sich bitte erneut in die Sitzung ein.“ Nach zuverlässig funktionierenden Videokonferenzen klingt das nicht.

Folgt uns auf Social Media für aktuellen OSI-Content



@OSI-Zeitung



@OSI_Zeitung

Der lange Schatten der Geschichte

Die Ihnestraße 22 wird zum Gedenk- und Erinnerungsort für die Opfer des KWI-A

von Aljosha Sanibaf und Christian Walther

Das Projekt zur „Geschichte der Ihnestraße 22“ hat seit 2019 kontinuierlich an der Auseinandersetzung der Vergangenheit des KWI-A gearbeitet, nun wird diese sichtbar gemacht.

Die Gedenktafel von 1988 am Eingang zum Otto-Suhr-Institut ist altbekannt und wird trotzdem wenig wahrgenommen. Auf ihr werden drei prominente Figuren der nationalsozialistischen Eugenik und ihre menschenverachtende Forschung erwähnt, am Ende ein Satz zur Verantwortung, die die Wissenschaft innehat. Die Tafel enthält wenige

Details und lässt die kolonialen Wurzeln des Instituts außer Acht.

Das OSI benutzte das Gebäude erst ab Mitte der 70er Jahre, nach Kriegsende wurde das damals von der US-Armee beschlagnahmte Gebäude 1948 an die Kaiser Wilhelm Gesellschaft übergeben, die es wiederum der Freien Universität überließ. Anfang der 50er waren noch die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in der Ihnestr. 22 und ab 1959 die Romanisten. Bevor jedoch 1983 das OSI gänzlich in die Ihne 22 einzog, saß im unteren Stockwerk das Studierendenwerk mit der Jobvermittlung, den Heilmannchen und dem Förderungsmerk.

Auf dem Außengelände gab es drei Stallungen für Versuchstiere des KWI. Die 1935 gebauten Ställe, blieben bis in die 60er Jahre bestehen und mussten dann dem Anbau der Bibliothek weichen. Übrig geblieben ist nur das baufällige und asbestverseuchte älteste Stallgebäude, das heutige Rote Café.

Von 1927 bis 1945 war im heutigen Otto-Suhr-Institut das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, Eugenik und Menschliche Erblehre (KWI-A) untergebracht. Es forschte zu Fragen der Erblehre, Humangenetik und der sogenannten „Rassenforschung“. Diese, damals weltweit verbreitete Richtung der Forschung, arbeitete während der Zeit des Nationalsozialismus Hand in Hand mit dem Staat und lieferte diesem vermeintlich wissenschaftliche Grundlagen für eine menschenverachtende und rassistische Politik. Das Institut profitierte von der Gewaltherrschaft der NS Diktatur und wirkte aktiv an Verbrechen dieser mit, indem Forschung an ermordeten Menschen betrieben wurde.

Wahrscheinlich ist den meisten Studierenden des OSI die Geschichte des Ortes





bewusst, doch an zugänglichen und präsenten Erinnerungen und Informationen mangelt es bisher.

Diesen Umstand will das Projekt, unter der Leitung der Historikerin Dr. Manuela Bauche, ändern.

„Die neue Form des Erinnerns und Gedenkens wird nicht in einem konkreten Raum stattfinden, denn es war von Anfang an der Plan, das gesamte Gelände zu bespielen“, berichtet Volker Strähle. Der historisch arbeitende Politologe war die ersten zwei Jahre als Wissenschaftlicher Mitarbeiter Teil des Projekts.

„Es geht darum, dass Studierende und Mitarbeitende auf diese Geschichte stoßen, darüber stolpern und dies vorher gar nicht intendiert haben.“, erläutert Strähle.

Auf dem Gelände und im Gebäude, soll es verschiedene Hinweise und Informationstafeln geben mit einem jeweiligen Themenschwerpunkt. Diese sollen, laut Strähle, an die Geschichte der Räumlichkeiten erinnern und einen starken Fokus auf Betroffenenperspektiven legen. Diese seien bis dato eine Leerstelle, die das Projekt zu füllen versuche.

Die Gruppe will die entmenslichende und

rassistische Erblehre die das KWI-A betrieben hat sichtbar machen, sowie ein Augenmerk auf die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik legen und darauf, wie diese pseudowissenschaftlichen Erkenntnisse folgenschwer instrumentalisiert wurden.

„Das Institut war schon immer mit der Politik verflochten und hat konkret von der Machtherrschaft der Nationalsozialisten profitiert und war maßgeblich an der Legitimation von eugenischer Forschung und



Bevölkerungssteuerung, wie etwa durch Zwangssterilisationen, beteiligt.“ erläutert der ehemalige OSlaner.

Doch auch nach 45 gab es keinen endgültigen Schlussstrich. Das heutige Max Planck Institut für Molekulargenetik entsprang aus dem KWI und ein ehemaliger Mitarbeiter dessen, war bis Mitte der 60er Direktor des MPIMG.

„Bis in die 60er Jahre wurde unter dem Dach der Max-Planck-Gesellschaft und der FU weitergeforscht. Nach 1945 hat es keinen eindeutigen Cut gegeben.“, betont auch Strähle.

Es sei jedoch wichtig die Geschichte des KWI-A nicht nur auf die NS-Zeit zu reduzieren, sondern auch die kolonialen Wurzeln, die das Institut seit seiner Gründung innehatte, deutlich zu machen, meint Strähle. Die Knochenfunde der letzten Jahre, belegen unter anderem auch eine kolonialgeschichtliche Provenienz, die aus einer medizinisch-ethnologischen Sammlung des KWI-A stammt. Geplant ist die Realisierung des Projekts bis Ende diesen Kalenderjahres. Sie soll barrierefrei zugänglich sein und die Möglichkeiten der Erinnerung und des Gedenkens vereinen.



Jetzt auch auf Instagram



OSI-ZEITUNG

DAS MAGAZIN AM OTTO-SUHR-INSTITUT

@osi_zeitung

60 Jahre Ihne 21

Am 7. Mai 1962 wurden die
Schlüssel für den Neubau übergeben



Wer vom OSI spricht, spricht von der Ihnestraße 21. Der Neubau des Jahres 1962 mit seinem Hörsaal A/B ist das Stein gewordene geistige Zentrum der Politikwissenschaft an der FU. Das 1959 aus der Zusammenführung der (relativ großen) Deutschen Hochschule für Politik und des (relativ kleinen) Instituts für politische Wissenschaft der FU entstandene Otto-Suhr-Institut wurde nach dem kurz zuvor verstorbenen früheren Direktor der DHfP benannt, der von 1955 bis zu seinem Tod am 30. August 1957 Regierender Bürgermeister war.

von Christian Walther

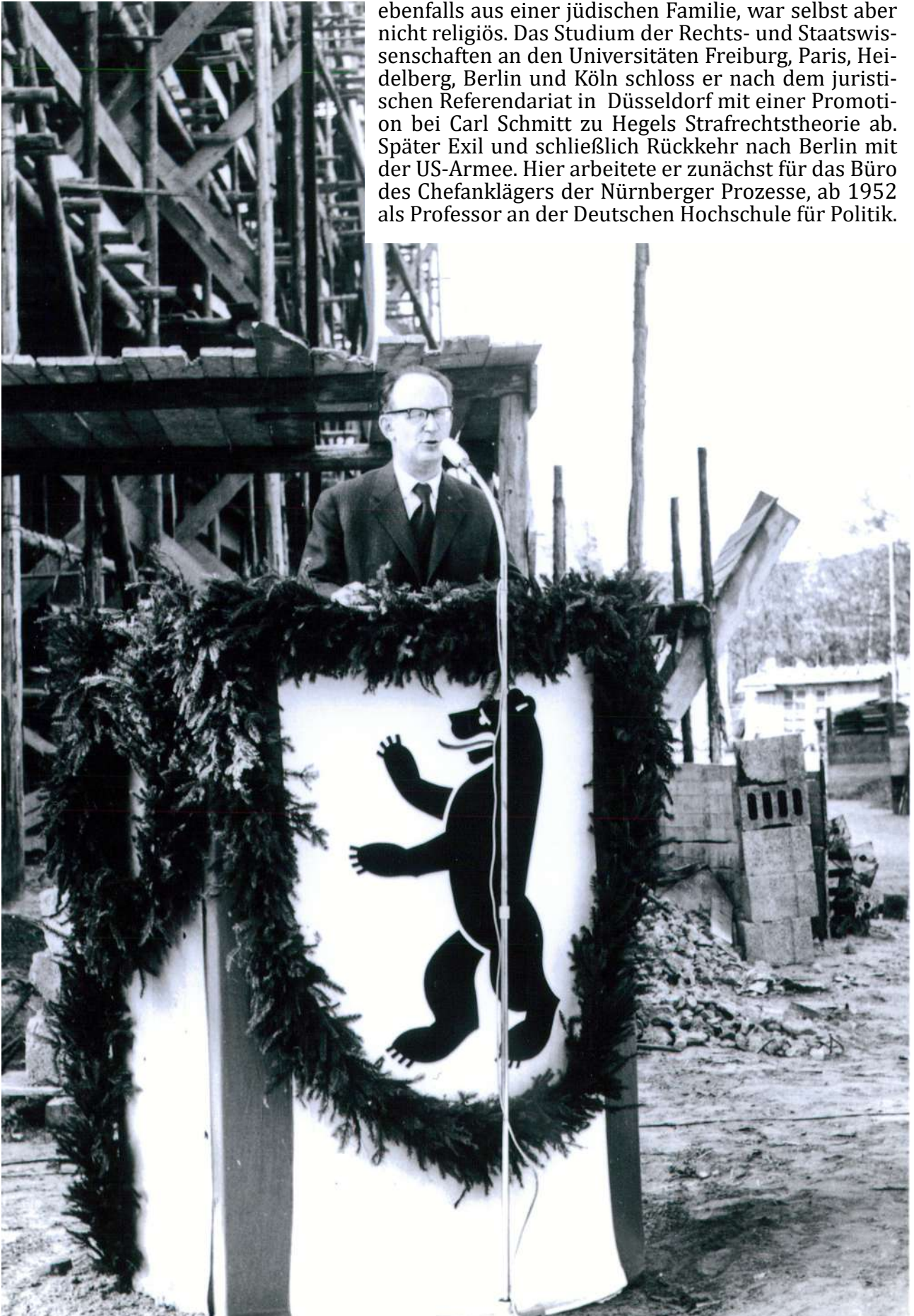
[links] Bei der **Grundsteinlegung am 23. Juli 1960** konnte Susanne Suhr einige der traditionellen Hammerschläge ausführen. Sie stammte aus jüdischer Familie, war mit ihrem Mann in der Nazizeit zeitweilig untergetaucht, und gehörte seit 1958 dem Abgeordnetenhaus an.

[unten] Beim **Richtfest am 19. April 1961** war das Gerüst beflaggt. Klar zu erkennen sind die Flaggen Berlins, der Bundesrepublik und der USA. Die Finanzierung des Neubaus erfolgte, wie auch dem Bauschild zu entnehmen ist, aus Spendenmitteln der Regierung der USA. Die Architekten werden auf dem Bauschild nicht erwähnt. In der Literatur sind genannt Bruno Grimmek und Werner Klenke. Beide arbeiteten damals, als die Bauverwaltung noch zahlreiche Architekten beschäftigte und viele Projekte selbst plante, für den "Senator für Bau- und Wohnungswesen". Obwohl beide eine erhebliche Zahl auch prominenter öffentlicher Gebäude und U-Bahnhöfe entwarfen, sind ihre Namen nahezu vergessen.



© Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (05) Nr. 0074436 / Foto: Johann Willa

Beim **Richtfest am 19. April 1961** gehörte Prof. Ossip K. Flechtheim zu den Rednern. Flechtheim stammte ebenfalls aus einer jüdischen Familie, war selbst aber nicht religiös. Das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Freiburg, Paris, Heidelberg, Berlin und Köln schloss er nach dem juristischen Referendariat in Düsseldorf mit einer Promotion bei Carl Schmitt zu Hegels Strafrechtstheorie ab. Später Exil und schließlich Rückkehr nach Berlin mit der US-Armee. Hier arbeitete er zunächst für das Büro des Chefanklägers der Nürnberger Prozesse, ab 1952 als Professor an der Deutschen Hochschule für Politik.





Die **Schlüsselübergabe** fand am **7. Mai 1962** statt. In der ersten Reihe saßen FU-Rektor Ernst Heinitz, der amerikanische Stadtkommandant Generalmajor Albert Watson II., der Regierende Bürgermeister Willy Brandt (SPD), Prof. Ernst Fraenkel vom OSI, Prof. Hans-Joachim Lieber vom benachbarten Osteuropa-Institut, Otto Heinrich von der Gablentz (OSI) und schließlich Prof. Siegmund Neumann. Neumann hatte schon an der DHfP gearbeitet, war – als Jude – 1934 emigriert und spielte nach 1949 eine wesentliche Rolle beim Neuaufbau der Politikwissenschaft in Deutschland, insbesondere in München und Berlin. An der FU hatte er auf die Gründung des Instituts für politische Wissenschaft (IfpW) gedrängt, das 1950 tatsächlich gegründet und 1959 mit der DHfP zum OSI verschmolzen wurde. Für die Ford-Foundation, die einen erheblichen Teil zur Finanzierung auch dieses Neubaus beigetragen hatte, war Neumann als Berater tätig.



Unter den Gästen neben Suhr auch **Eleanor Dulles**, deren Arbeit im US-Außenministerium ihr den Ruf der „Mutter von Berlin“ eingetragen hatte. Sie war dort an den Finanzierungsentscheidungen beteiligt – nicht nur für das OSI, sondern z.B. auch für das Studentendorf Schlachtensee.

KULTUR&CO

Das bessere Babylon

LESETIPP

Ganz oben auf meinem Lesestapel liegt gerade die Comicversion von Volker Kutschers Bestseller „Der nasse Fisch“. Über dessen Stoff muss man nichts mehr sagen, weil er nicht zuletzt durch die TV-Serienadaption „Babylon Berlin“ einer der bekanntesten deutschen Kriminalromane der jüngeren Zeit geworden ist. Arne Jyschs kongeniale Graphic Novel entstand mit Unterstützung Kutschers und wurde 2017 kurz vor der ersten Staffel von „Babylon Berlin“ veröffentlicht. Der Comic ist für mich die wirkungsvollste Version der Geschichte um Kommissar Gereon Rath, den es in das unruhige Berlin der späten 1920er Jahre verschlägt und der sich dort den Dämonen der Stadt ebenso stellen muss wie seinen eigenen. Der vom Film Noir beeinflusste, realistische visuelle Stil lässt auf meisterhafte Weise die Atmosphäre und das Lebensgefühl der untergehenden Weimarer Republik in ihrer wichtigsten Metropole auferstehen. Damit schafft Jysch, der sonst Storyboards für Filme zeichnet, einen tiefen Eindruck, der bei mir noch lange haften blieb, nachdem ich die vielen unterhaltsamen und gewollt verblüffenden Wendungen der TV-Serie mit ihrer überbordenden Detailversessenheit vergessen hatte. Der Comic vermittelt aber nicht nur atmosphärische Stimmung, sondern erzeugt dank Kutschers Vorlage mit ihrer etwas absurden, aber spannenden Geschichte und ihren zahlreichen Zeitbezügen auch ganz viel Lesespaß. Nebenbei erfährt man eine Menge über die politische und gesellschaftliche Situation Berlins in dieser Zeit, vor allem über die Kräfte, die in ihrem zerstörerischen Zusammenspiel zum Ende des ersten demokratischen deutschen Staates führten.

Seitdem ich beruflich mit Büchern zu tun habe, bin ich Swählerisch geworden und lese privat nur noch, was mich wirklich packt. Deshalb kann ich Arne Jyschs „Nassen Fisch“ allen wärmstens empfehlen, die wie ich ein Faible für filmisch anmutende Graphic Novels und auch für die spannendste Stadt Deutschlands haben.

Benjamin Blinten



Arne Jysch: Der nasse Fisch. Carlsen, 2017. Erhältlich im Buchhandel für 20 Euro oder kostenlos in der Universitätsbibliothek der FU (Signatur: 14/2019/15031)



BENJAMIN BLINTEN

war von 2012 bis Februar 2022 Leiter der OSI-Bib (offiziell: Bibliothek für Sozialwissenschaften und Osteuropastudien der FU). Letzten Sommer ist er ins Leitungsteam der UB gewechselt.

KULTUR&CO

Barbara Kruger in der Neuen Nationalgalerie

AUSTELLUNGSTIPP

von Pauline Hofman

© Barbara Kruger, Untitled (Blind idealism is ...), 2016 / Wandgemälde, High Line, New York / Courtesy of the artist, Friends of the High Line, and Sprüth Magers / Timothy Schenck



Vom 29. April bis zum 28. August 2022 kommt Barbara Kruger zurück nach Berlin und füllt die Neue Nationalgalerie mit einem neuen Werk. Bekannt für ihre stete Kritik an Sexismus, Misogynie und Konsum beschäftigt sich ihre neue Ausstellung mit politischen Auseinandersetzungen in Internetforen. Ein Thema, das vor allem im Kontext einer weltweiten Pandemie und der damit einhergehenden Digitalisierung an Bedeutung gewinnt.

Die Süddeutsche Zeitung zählt Kruger zur ersten Generation feministischer Künstlerinnen. 1945 in Newark geboren arbeitete sie nach ihrem Studium als Bildredakteurin für verschiedene Verlage; 1973 nahm sie erstmals an der Whitney Biennale teil, einer zweijährig stattfindenden Ausstellung im Whitney Museum of American Art, die vor allem junge und unbekannte Künstler*innen zeigt. In den 80ern etablierte sich Kruger als Künstlerin und stellte 1991 ihre erste Installation aus. Ihr wohl bekanntestes konsumkritisches Werk mit dem Titel „Untitled (I shop therefore I am)“ aus dem Jahr 1987 führte später gedruckt auf zahlreichen Tassen, Taschen und T-Shirts erneut die Ironie des Konsumverhaltens der Menschen vor.



Friedhofsbesuch

Ein Spaziergang zu Flechtheim, Narr und Rudi Dutschke



Fotos: Pauline Hofmann

Nur eine U-Bahnstation vom OSI entfernt, hinter einer Feldsteinmauer, liegt der St. Annen Friedhof. Zwischen zwei Seminaren machen wir uns auf dem Weg, um einige prominente Ehemalige des Instituts und historische Größen der Freien Universität aufzusuchen.

Von Pauline Hofmann, Aljosha Saribaf

Wir nehmen den Eingang zum städtischen Friedhof und finden – zweimal links vom Hauptweg, ein wenig versteckt hinter einer Hecke – das Grab von Ossip K. Flechtheim: 6 Jahre Mitglied der KPD, Exil, Mitarbeiter der Ankläger der Nürnberger Prozesse. 1952 wurde er Professor an der Deutschen Hochschule für Politik, einem Vorläufer des OSI. Schon 1943, noch in den USA, hatte er den Begriff „Futurologie“ geprägt. An der FU lehrte er Innenpolitik und suchte nach Antworten auf Zukunftsfragen. Die KPD hatte er dabei längst hinter sich gelassen: Sein politischer Weg führte ihn über die SPD zur Alternativen Liste, wie sich die Grünen in West-Berlin zunächst nannten.

Ein paar Schritte an der grauen Feierhalle vorbei liegt, eigenwillig geformt, der Stein für Wolf-Dieter Narr, der im Oktober 2019 starb. Er war eine Generation jünger als

Flechtheim, stand ihm aber politisch und persönlich nahe. Narr engagierte sich in der Bürgerrechtsbewegung und hatte vor allem einen scharfen Blick auf die Polizei. Noch stärker blieb vielen im Gedächtnis, dass er gemeinsam mit Peter Grottian († 2020) und später auch Bodo Zeuner († 2021) auf ein Drittel seines Professorengehalts verzichtete, um eine Professur für Frauenforschung zu finanzieren.

Von Narr machen wir einen großen Bogen unter winterkahlen Bäumen entlang der Friedhofsmauer nach Osten. Direkt an der Mauer zur Pacelliallee steht ein großer Grabstein: Friedrich Meinecke. Der Historiker hatte mehrfach öffentlich vor einer Diktatur der NSDAP gewarnt. 1948 wurde er – mit 86 Jahren - erster Rektor der Freien Universität, und für ein knappes Jahr deren akademische Galionsfigur.



Wir verlassen den städtischen Teil des Friedhofs, der kurz hinter Meinecke unauffällig zum Gemeindeteil übergeht. Fast direkt an der Kirche leuchten uns drei rote Äpfel entgegen: Hier liegt Rudi Dutschke. Neben dem Naturstein mit der Aufschrift „Dr. phil. Rudi Dutschke *7.3.1940 † 24.12.1979 Aarhus“ liegt der Terrakottastein mit dem Wappen der Stadt Berlin – seit 1999 hat Dutschke hier ein Ehrengrab. Der Ruf des Soziologiestudenten, der zum Wortführer der Studentenbewegung wurde, hat die Jahrzehnte überdauert.

Wir wechseln auf die Südseite der Kirche, wo wir die letzten Ruhestätten von Edwin Redslob und Helmut Gollwitzer finden.

Redslob, Reichskunstwart in der Weimarer Republik und Mitbegründer des Tages spiegels, wurde 1949 Nachfolger von Meinecke. Der Kunsthistoriker hat auch das Siegel der FU entworfen: Den Bären mit der Fackel und dem Motto „Veritas, Justitia, Libertas“.

Wenige Meter weiter wurde 1993 Helmut Gollwitzer beigesetzt. Der Theologe übernahm in der Zeit des Nationalsozialismus Aufgaben des verhafteten Pastors Niemöller und erhielt später aufgrund von „staatsabträglicher Tätigkeit“ ein Reichsrede-

verbot und wurde aus Berlin ausgewiesen. Als Theologieprofessor an der Freien Universität gehörte er bis zu seinem Tod zu den kritischen Geistern der Stadt und war nicht nur kollegial sowohl Flechtheim als auch Narr verbunden. Für Rudi Dutschke hielt er die Grabrede.

Gleich gegenüber, fast direkt am Eingang zum Gemeindefriedhof liegt, mit einer gelben Rose geschmückt, das Grab für Otto Heinrich von der Gablentz. Trotz seiner Mitgliedschaft im „Kreisauer Kreis“ blieb er nach dem Stauffenberg-Attentat vom 20. Juli 1944 unbehelligt. Als Anhänger eines religiösen Sozialismus gehörte er nach Kriegsende zu den Gründern der Berliner CDU, die er jedoch 20 Jahre später, aufgrund unzureichender Reformbereitschaft wieder verließ. Von der Gablentz war Direktor der Deutschen Hochschule für Politik, die 1959 unter dem neuen Namen „Otto-Suhr-Institut“ in die FU integriert wurde.

Ein wenig durchgefroren beenden wir unseren Spaziergang, drehen uns am Tor noch einmal um und sagen artig „auf Wiedersehen“.



Ein kleiner Einblick in die Redaktion dieser Ausgabe

Harriet Klepper, siebtes Semester im dt.-frz. Doppelbachelorstudiengang Politik- und Sozialwissenschaften. Ich mache die Chefredaktion der OSI-Zeitung. In meiner Freizeit spiele ich gern Volleyball, verschlinge alles zum Thema Public Economics und versuche mich gerade in der Kampfkunst Aikido.

Colin Ivory Meyer (19), erstes Semester PoWi. Echter Berliner, Volleyballer und Liebhaber von Kontroverse und Ästhetik. Erste Journalistische Erfahrungen beim US-Sender CNN. Interessengebiet vor allem Außen- und Weltpolitik.

Simon Geiger, Powi im dritten Semester. Ich habe vor meinem Leben als Student eine Ausbildung zum Mediengestalter beim hr gemacht und dann beim Radio (hauptsächlich swr2) gearbeitet. Das mache ich auch weiterhin und zusätzlich bin ich noch Redaktionsassistent bei inforadio vom rbb. Bild und Ton liegt mir sehr, schreiben bisher noch nicht so (außer für meinen eigenen kleinen Reiseblog), ich hab aber Lust drauf. Meine Hobbys: Fotos, ganz weit laufen und ganz hoch klettern.

Sarah Isabey, PoWi im ersten Semester. Ich bin ganz neu in Berlin und in Paris aufgewachsen. Dort habe ich auch schon ein paar Erfahrungen im journalistischen Bereich gemacht, u. a. in der politischen Abteilung von France 2 (France Télévision). Sonst interessiere ich mich besonders für internationale Verhältnisse und Diplomatie und in meiner Freizeit für Musik, lesen und reisen.

Aljosha Saribaf (22), Powi im dritten Semester. Ich habe eigentlich keine nennenswerten journalistischen Vorerfahrungen, bin jedoch höchst interessiert daran, welche zu sammeln. In meiner Freizeit gehe ich gerne in Ausstellungen und ins Theater, mache Sport mit Freunden und höre Nils Frahm.

Ben Peters (22), PoWi und Englisch für das Lehramt im siebten Semester. Ich habe bis auf ein kurzes Praktikum keinerlei redaktionelle Erfahrung, da ich mich bisher vor allem aufs Lehramt fokussiert habe. Aktuell arbeite ich als language assistant in Irland, habe aber große Lust journalistische Erfahrungen zu machen (logisch). Neben dem Studium mache ich viel Sport, vor allem CrossFit und Rennrad.

Verena Märker (23), im siebten Semester PoWi im dt.-fr. Doppelbachelor. Während meines weltwärts-Freiwilligendienstes in Peru habe ich mit dem Schreiben angefangen, arbeite mittlerweile als studentische Hilfskraft bei AFP und bin immer mal wieder mit Artikeln am Newsletter der Amnesty TheKo Indigene Völker und Menschenrechte beteiligt. In meiner Freizeit bin ich gerne kreativ (zeichnen, fotografieren etc.), draußen unterwegs oder gehe schwimmen (DLRG).

Carlsson Pfeiffer (18), Ersti im Bachelor Powi. Ich hab noch keine Erfahrung mit dem Schreiben oder Arbeit mit Medien. Ich reise gerne und gehe gerne mit Freund:innen abends mal weg.

Frieda Decker (eigentlich Friederike, 20), PoWi im ersten Semester. Ich habe letztes Jahr an der Universität Grenoble Alpes in Frankreich ein FSJ gemacht, war da auch im Bereich Social Media/Kommunikation etc. tätig und habe mehrere kleine Filme gedreht. Ich bin in meiner Freizeit viel draußen, zeichne gerne und bin in der Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv.

Martin Müller (23), drittes Semester PoWi, davor einen Bachelor in VWL. Sozialisiert und politisiert in Dresden und Darmstadt und mit 18 nach Berlin. Nebenbei schon länger am Schreiben, aktuell als freier Mitarbeiter für die Märkische Allgemeine Zeitung. Besonderes Interesse an Ökonomie, Politik und allem, was dazwischen liegt. Darüber hinaus eine Vorliebe für Zeit im Grünen, Vielfalt und selbstgemachte Nudeln.

Felicitas Becker, PoWi im ersten Semester, davor Romanistik in Mannheim und Paris. Neben dem Studium engagiere ich mich im Vorstand der deutsch-italienischen Studierendeninitiative "Onde", bei den Jungen Europäischen Föderalist:innen und im Sanitätsdienst des DRK Berlin.

Juri Malakhov (20), PoWi-Ersti, davor noch zwei Semester PuK studiert. Ich habe ein bisschen Erfahrung mit dem Schreiben von SEO-Texten. Aktuell mache ich ein dreimonatiges Praktikum bei einem russischen online Wissenschaftsmagazin als Nachrichtenredakteur. Hobbys: Schach spielen und Spanisch lernen.

Celine Cojocar (21), im siebten Semester PoWi im deutsch-französischen Doppelbachelor. Ich liebe es zu schreiben, habe aber wenig Erfahrung im journalistischen Schreiben. Ich interessiere mich insbesondere für kontroverse Themen. In meiner Freizeit gehe ich ins Fitnessstudio und lerne Sprachen, momentan Russisch und Spanisch.

Laura Vossen, im dritten Semester PoWi und seit diesem Semester auch Islamwissenschaft. In meiner Freizeit interessiere ich mich viel für Kunst und Kultur, reise und lese gerne, versuche den Sport nicht zu vernachlässigen und trinke liebend gerne guten Kaffee.

Marlen Rebmann (21), im dritten Semester PoWi und hochschulpolitisch am OSI aktiv. Ich hab bereits zwei kurze journalistische Praktika gemacht und an kleinen redaktionellen Projekten mitgearbeitet. In meiner Freizeit treffe ich mich meistens mit Freund*innen, gehe ins Kino oder ins Theater und versuche, kreativ zu sein.

Finja Schürmann (19), PoWi im ersten Semester. Für die OSI-Zeitung durfte ich den Leitartikel zur Ampel-Regierung verfassen und konnte so meine journalistischen mit meinen politischen Interessen verknüpfen. In meiner Freizeit widme ich mich der Literatur und Kunst, brenne für Geschichte und Philosophie und engagiere mich parteipolitisch.

Raphaël Ziemer (22), im siebten Semester PoWi im deutsch-französischen Doppelbachelor. Vor der OSI-Zeitung habe ich schon ein paar Artikeln in der Zeitung meiner Schule in Frankreich schreiben können. In 2020 hatte ich auch die Möglichkeit ein Praktikum im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung zu machen (Referat Energie, Forschung und Nachhaltigkeit), wo ich andere Erfahrungen mit Öffentlichkeitsarbeiten und Journalismus haben konnte. In meiner Freizeit spiele ich gern Klavier und bin ein großer Sport Fan (ich spiele zum Beispiel gern Basketball und folge gern mehrere Sportarten im Fernseher).

Pauline Hofmann (19), drittes Semester PoWi. Bisher einige kleine Erfahrungen im journalistischen Schreiben und große Lust auf mehr. Neben dem Studium lerne ich Italienisch, höre True Crime, bis ich nicht mehr einschlafen kann und probiere jedes Pesto, das mir in die Finger kommt.

Nora Ancheva Tyufekchieva, naturwissenschaftliches Studium und Forschungstätigkeit; Studium der Wirtschaftskommunikation und Public Relations an der HTW Berlin und der Leuphana Universität Lüneburg. Insgesamt elf Jahre Berufserfahrung in Gestaltung und Management der Kommunikation.

Dr. Christian Walther, OSI-Diplom 82, PuK-Diss 2015. Zumeist freier, gelegentlich angestellter TV-Reporter (rbb-Abendschau), Zeitungsmacher, Pressechef bei FU, Wissenschaftsverwaltung und Leibniz-Gemeinschaft, Kommunikationsberater und Buchautor. 2001 Mitbegründer und lange Vorsitzender des OSI-Clubs, 2016-20 Vorsitzender Journalistenverband Berlin-Brandenburg. Mehrfach Lehrbeauftragter, zuletzt im Sommer '20 mit der Wiederbelebung der OSI-Zeitung. Jetzt mit Christine Kolmar Herausgeber oder Mentor der OSI-Zeitung.

Dr. Christine Kolmar, in den 80er Jahren bei den Kommunikationswissenschaftlern und am OSI studiert und promoviert. Über 25 Jahre Journalistin bei ARD (Tagesschau) und n-tv (Ltg. Politik/Chefredaktion) im politischen Nachrichtengeschäft, anschließend u.a. Dozentin UMC, Geschäftsleitung WWF, Senior Vice President Nachhaltigkeit EnBW, Kommunikationsleitung BDL. Heute selbstständige Kommunikationsberaterin, Autorin und nun auch Mentorin/Herausgeberin der OSI-Zeitung.

OSI-ZEITUNG

DAS MAGAZIN AM OTTO-SUHR-INSTITUT

herausgegeben von und verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:

Dr. Christine Kolmar und Dr. Christian Walther

Redaktionsleitung:

Harriet Klepper

Redaktion:

Felicitas Becker, Celine Cojocar, Frieda Decker, Simon Geiger, Pauline Hoffmann, Sarah Isabey, Ella Isenberg, Saskia Kabelitz, Colin Ivory Meyer, Anna Verena Maerker, Martin Müller, Ben Peters, Carlsson Campino Pfeiffer, Piera Rocco Di Torrepadula, Marlen Rebmann, Aljosha Saribaf, Finja Schürmann, Laura Vossen, Raphaël Ziemer

Autoren:

Benjamin Blinten, Prof. Dr. Tanja Börzel, Horst Teltschik

Gestaltung:

Felicitas Becker, Celine Cojocar, Frieda Decker, Anna Verena Maerker, Nora Ancheva Tyufekchieva

Fotos:

Simon Geiger, Anna Verena Maerker u.a.

Zeichnungen:

Nicole Ceitlin

Kontakt:

OSI-Zeitung@osi-club.de

Die in den Artikeln vertretenen Meinungen spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der gesamten Redaktion wider.